

06.06



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Deutscher Naturschutztag für einheitliches Umweltrecht  
Klimaänderung wird Umweltschäden verdoppeln  
Flächennutzung lässt Tierarten aussterben  
Wassersparen nicht mehr nötig?**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 12 (2006), Heft 05  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Eva Zinecker (ez), Mathias Rösch (mr)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreutzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreutzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Ohne Bürgerarbeit keine zukunftsfähige Gesellschaft

### Liebe Leserinnen und Leser,

wenn in diesen Tagen darüber gejammert wird, dass zu wenig soziales und ehrenamtliches Engagement stattfindet und die Flucht ins Private und der Egoismus Konjunktur haben, so stimmt dies nur zum Teil. Es mag eine Vereinsmüdigkeit geben, aber es gibt keine Naturschutzmüdigkeit, sondern allenfalls andere Formen des Engagements.

Deshalb sollte die Politik glücklich sein, dass sich gerade in den Organisationen der Ökologiebewegung entgegen dem Negativ-Trend der Entsolidarisierung und des Egotrips Bürgerinnen und Bürger für die Gesellschaft und deren Lebensgrundlagen engagieren und damit auf regionaler und lokaler Ebene Netze knüpfen und den kalten Großstrukturen der Globalisierung eine Ethik der Verantwortung für Mensch und Schöpfung entgegensetzen. Ehrenamtliche Naturschützer leisten ihren Beitrag zu der oft geforderten neuen, offenen bürgerschaftlichen Kultur.

Uns ehrenamtlichen Naturschützern wird gelegentlich mangelnde Kompromissfähigkeit vorgeworfen. Wenngleich ich davon überzeugt bin, dass die großen Zukunftsfragen nur über Partei- und Interessensgrenzen hinweg lösbar sind, so gibt es aber auch unverrückbare Grenzen des Kompromisses. Diese Grenzpfähle stehen dort, wo uns die Naturgesetze den Kompromiss zwischen Leben und Tod verbieten. Dies ist da der Fall, wo nicht rückholbare Entscheidungen zu Lasten der Nachgeborenen getroffen werden.

Und wenn gelegentlich gesagt wird, der ehrenamtliche Naturschutz verhindere doch oft nur Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, so hat uns die Geschichte eines Gegenteils belehrt, nämlich dass Naturschützer oft genug Fehlinvestitionen verhindert und damit der Gesellschaft Riesensummen erspart haben.

Schließlich erspart das Ehrenamt dem Staat enorme Geldmittel auch direkt: So werden insgesamt in der BRD schätzungsweise jährlich drei Milliarden Einsatzstunden im Ehrenamt geleistet, was einer Wertschöpfung von 30 Milliarden Euro entspricht. Und allein im Bereich der Umweltbewegung kommt man auf schätzungsweise zwei Milliarden Euro.

Das Ehrenamt will deshalb auch ernst genommen werden und verlangt von Staat und Politik zumindest ein positives Klima der Anerkennung und Ehre. Naturschutz ist noch immer das am wenigsten anerkannte Ehrenamt, die Diffamierung der „selbsternannten Naturschützer“ gehört noch immer zum Ritual der Stammtischpolitik. Und wir verlangen im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes auch, dass Naturschutzarbeit genauso gefördert wird wie die Arbeit im Sport oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, das heißt es müssen zumindest die gleichen Steuerfreibeträge gewährt und es müssen Freizeiten gewährt werden, wo ehrenamtliche Naturschützer an offiziellen Terminen teilnehmen: Wer etwa als Gutachter in einem Verfahren schon umsonst seinen Sachverstand einbringt, der soll nicht auch noch Urlaub nehmen müssen, wenn er zu einem Behördentermin geladen ist.

Gewiss soll ehrenamtliche Tätigkeit oder bürgerschaftliches Engagement auch in Zukunft ohne Entlohnung erfolgen, aber nach dem Motto „Belohnung statt Entlohnung“ sollen in diesem Sektor der neuen Arbeitsgesellschaft Anerkennung und Vergünstigungen als Ausgleich angeboten werden.

Erfolgreicher Arten-, Biotop- oder Landschaftsschutz, Schutzgebietsbetreuung, Bildung für nachhaltige Entwicklung oder Verfahrensbegleitung wäre ohne die Aktivistinnen der Umweltbewegung undenkbar. Der kooperative Naturschutz hat sich bewährt und ist ein Markenzeichen deutscher Umweltpolitik. Staat und Politik wären also gut beraten, ihre bescheidene Unterstützung dieser Arbeit nicht kaputt zu sparen.

Bei solchen Rechnungen ist allerdings im gleichen Atemzug auf deren Vordergründigkeit hinzuweisen, denn schließlich bewahren die Naturschützer gerade jene Werte, die ohnedies nicht in der herrschenden Geldwährung ausgedrückt werden können, und sie leisten freiwillig Arbeiten für das Gemeinwohl, die vom Staat eben nicht verordnet werden können.

Die Bedeutung des Ehrenamtes erfordert so wie zwischen staatlichem und privatem Naturschutz auch innerhalb der Umweltorganisationen eine Neuorientierung. Insbesondere muss auch dort das sensible Verhältnis von Hauptamt und Ehrenamt überdacht werden und eine neue Qualität

von Freiwilligkeit Berücksichtigung finden. Akzeptieren wir gerade im Ehrenamt die Vielfalt der Motivationen, erwarten wir nicht den besseren oder perfekteren Menschen in unseren Reihen, sondern erkennen wir, dass jede und jeder irgendwo ganz stark sein kann.

Auch die Qualifizierung des Ehrenamtes muss verbessert und die Gleichwertigkeit von Hauptamt und Ehrenamt gegenseitig anerkannt werden. Ehrenamt ist qualifizierte Arbeit auch dann, wenn es vom Hauptamt mit den besseren Informationen versorgt wird. Synergie statt Konkurrenz und der „Mut in die zweite Reihe zu treten“, Wissensvorsprung zu teilen und sich auch am Erfolg Gleichgesinnter mitfreuen zu können setzt unendlich viel Kraft frei, zumal dann, wenn Ehrenamt und Hauptamt bereit sind Erfolge und Niederlagen miteinander zu teilen. Solch eine Kultur des menschlicheren Umgangs sollte Markenzeichen der ökologischen Reformbewegung werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre unseres Deutschland-Rundbriefes!

Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzrings

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Ohne Bürgerarbeit keine zukunftsfähige Gesellschaft

## 5 Verbände, Ehrenamt

- Naturkapital für künftige Generationen sichern
- DNR-Verbände wollen Aktive werben
- Protestjahr gegen WTO
- B.A.U.M.-Umweltpreis 2006
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 8 Abfall, Chemie, Emissionen

- Feinstaub-Grenzwerte in der Kritik

## 9 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- DNR schließt Ökolandbau-Bildungsinitiative ab
- Krise der Bienenhaltung in Deutschland
- Verbraucherinformationsgesetz schützt Firmen
- Deutschland will geplante EU-Ökoverordnung verhindern
- Genraps-Anbau neben Schutzgebiet
- Schwere Schäden bei Gentechnik-Medikamententests
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 13 Energie, Klima

- 12 Prozent Energieeinsparung in Deutschland möglich
- Entscheidung über Biosprit-Besteuerung vertagt
- Alternativvorschlag zur Mehrwertsteuererhöhung
- Klimaprognose: Mehr Hochwasser und Dürren
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 16 Nachhaltigkeit, Umweltbildung, Recht

- Umweltverbände warnen vor zunehmendem Landverbrauch
- Chancen für Regionen durch erneuerbare Energien
- „Green Goal“ erreicht Ziele nicht
- Buchpreis „Lesen für die Umwelt“
- Föderalismusreform: Warnung vor Ökodumping
- Lesenswert

## 18 Naturschutz, Artenschutz

- Übereignung von Naturschutzflächen genehmigt
- muna-Wettbewerb für Ehrenamtliche
- Hugo-Conwentz-Medaille verliehen
- Immer mehr Tierarten vom Aussterben bedroht
- Schweinepest im Münsterland
- Braunbär in Bayern
- Kurzmeldungen

## 21 Verkehr, Tourismus

- Kritik an Bahn-Börsengang
- Arbeitsplatzversprechen im Luftverkehr „unseriös“
- Lesenswert

## 22 Wasser, Meere

- Ist Wassersparen nicht mehr nötig?
- Erste europäische Meeresschutz-Konferenz in Stralsund

## 24 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

## Sonderbeilage

- Newsletter „Gender Greenstreaming“: Geschlechterverhältnisse im Natur- und Umweltschutz (Mittelseiten)

## Naturkapital für künftige Generationen sichern

### 28. Deutscher Naturschutztag fordert Änderungen bei Föderalismusreform

Mit der Forderung, noch Änderungen in der geplanten Föderalismusreform vorzunehmen, ging am 2. Juni der 28. Deutsche Naturschutztag (DNT) in Bonn zu Ende. Der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) als Mitveranstalter haben dazu eine Resolution zum Thema „Natur- und Umweltschutz aus einem Guss!“ verabschiedet.

Wesentliche Forderungen dieser Resolution sind:

- Die Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern sollte klarer und übersichtlicher gestaltet werden, um ein integriertes und europataugliches Umweltrecht zu ermöglichen. Daher ist eine Bundeskompetenz für den Natur- und Umweltschutz im Grundgesetz ohne Abweichungsmöglichkeiten der Länder notwendig.
- Die Politik muss eine effiziente und handlungsfähige Verwaltung im Naturschutz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

### Forderung nach Gleichstellung des Ehrenamtes im Naturschutz

In fast einer Woche mit Vorträgen und Arbeitskreisen wurden weitere wichtige fach- und gesellschaftspolitische Themen intensiv diskutiert. So hat sich der 28. DNT in einem Schwerpunkt mit dem Ehrenamt im Naturschutz beschäftigt und folgende Forderungen aufgestellt:

- Es bedarf zumindest einer Gleichstellung des Ehrenamtes im Naturschutz mit anderen Ehrenämtern, wie z. B. in Wohlfahrts- und Sportverbänden. Dazu müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert werden.
- Es bedarf einer systematischen und nachhaltigen Qualifizierung von Engagementwilligen und Aktiven.

### Einladung für Biodiversitätskonferenz nach Deutschland begrüßt

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Deutschen Naturschutztages begrüßten außerordentlich, dass die deutsche Bundesregierung die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur Biologischen Vielfalt 2008 nach Deutschland eingeladen hat, um die Inhalte dieser Konvention auch hier verstärkt zu behandeln und die

Umsetzung der darin gestellten Aufgaben voran zu bringen.

### Lokales Handeln und globale Verantwortung

Das Motto des 28. Deutschen Naturschutztages „Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung“ lief als roter Faden durch alle Veranstaltungen. Der DNT machte deutlich, dass das Motto nicht nur für die Aufgaben in der Vergangenheit steht, sondern insbesondere Richtschnur für den zukünftigen staatlichen und verbandlichen/ehrenamtlichen Naturschutz ist, der sich den globalen Herausforderungen stellt und dazu beiträgt, den Menschen eine lebenswerte Umwelt langfristig zu sichern.

### Bundeskanzlerin sprach auf Festakt „100 Jahre staatlicher Naturschutz“

Die Bedeutung dieser Naturschutzaufgabe wurde nachdrücklich auch auf dem Festakt „100 Jahre staatlicher Naturschutz“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel bestärkt. „Naturschutz ist auch kein Luxus, sondern Naturschutz muss zentraler Bestandteil der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für unsere Gesellschaft, unsere Kinder und unsere Nachkommen sein; und er ist es auch.“

Der 29. Deutsche Naturschutztag 2008 wird auf Einladung des Landes Baden-Württemberg voraussichtlich in Karlsruhe stattfinden. (DNT/mb) ■

### • Weitere Informationen

Bundesverband beruflicher Naturschutz (BBN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn  
Tel. 0228 / 8491-232, -116, Fax -200  
eMail: beckera@bfn.de  
www.bbn-online.de/?id=6

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn  
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200  
eMail: presse@bfn.de  
www.bfn.de/0106\_100jahre.html

Deutscher Naturschutzring (DNR), stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: helga.inden-heinrich@dnr.de  
www.dnr.de/publikationen/news?id=82

## Resolution des 28. Deutschen Naturschutztages

### Natur- und Umweltschutz aus einem Guss!

Die Risiken der geplanten Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen, insbesondere für den Natur- und Umweltschutz, sind unverantwortbar. Die vorgesehenen Abweichungsrechte der Bundesländer können zum Abbau wichtiger Errungenschaften des Naturschutzes führen. Der DNT sieht mit großer Sorge, dass in einigen Bundesländern bereits eine substantielle Schwächung des Naturschutzes stattfindet; Gesetze können z. B. nicht mehr vollzogen werden und die Beteiligung der Bevölkerung wird eingeschränkt bzw. ganz aufgehoben.

Mindestens die zentralen Instrumente des Natur- und Gewässerschutzes, insbesondere die Eingriffsregelung, die Landschaftsplanung und die Beteiligungsrechte der Verbände, müssen einheitlich und verbindlich vom Bund geregelt werden. Dies gilt auch für die Raumordnung. Die Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern sollte klarer, einfacher und übersichtlicher gestaltet werden, um ein integriertes und europataugliches Umweltrecht zu ermöglichen. Dieses von der Politik wiederholt proklamierte Ziel wird im derzeitigen Entwurf nicht erreicht. Daher ist eine Bundeskompetenz für den Natur- und Umweltschutz im Grundgesetz ohne Abweichungsmöglichkeiten der Länder notwendig.

Die möglichen Auswirkungen dieser Föderalismusreform werden umso prekärer, weil in vielen Bundesländern im Natur- und Umweltschutzbereich schon jetzt überproportional eingespart wird [...].

### Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des DNT fordern:

- statt neuer Formen der Kleinstaaterei durch Abweichungsgesetzgebung ein einheitliches und verbindliches Umweltrecht,
- statt Abbau die Erhaltung der gemeinwohlorientierten Handlungsfähigkeit des Staates im Bereich der Natur- und Umweltschutzaufgaben,
- eine effiziente Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die die Handlungsfähigkeit im Natur- und Umweltschutzbereich sicherstellt.

### DNR-Verbände wollen Aktive werben

#### Aktionstag bürgerschaftliches Engagement am 23. September

Fehlt es Ihren Gruppen auch an ehrenamtlich Aktiven? Wir stellen Ihnen hier eine Idee vor, das zu ändern. Seit zwei Jahren werben die Verbände des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit der „Aktionswoche zum Bürgerschaftlichen Engagement“ für ehrenamtliche Arbeit. In diesem Jahr wollen die im DNR zusammengeschlossenen Verbände diese Aktion nutzen, um neue Aktive für die ehrenamtliche Arbeit im Natur- und Umweltschutz zu gewinnen und gleichzeitig den politisch Verantwortlichen den Stellenwert dieser Arbeit zu verdeutlichen.

#### „Eine Stunde für ...“ - Lokale Aktionen vor Ort

Die Idee ist, am 23. September bundesweit Aktionen auf zwei Ebenen ablaufen zu lassen: Einerseits eine möglichst große Anzahl von örtlichen „Mit-Mach-Aktionen“, die unsere lokalen Gruppen und Vereine durchführen, sowie andererseits eine zentrale Veranstaltung mit Verbands- und Politikvertreter/innen, die für öffentliche Aufmerksamkeit sorgt. Alle Aktionen stehen unter dem gemeinsamen Motto „Eine Stunde für ...“.

► Unter diesem Motto kann jede Gruppe eine „Mit-Mach-Aktion“ durchführen, an der sich möglichst viele Freiwillige ohne Vorkenntnisse beteiligen können. Das Ziel ist diese Menschen für unsere Arbeit zu begeistern, indem sie einmal unverbindlich „hineinschnuppern“ können. Alle DNR-Mitgliedsverbände sollten ihre lokalen Gruppen zur aktiven Teilnahme auffordern. Der Tag ist eine große Chance, das öffentliche Interesse auf die Erfolge des ehrenamtlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz zu lenken.

Und auch die Gruppen sollen von diesem Tag profitieren: Welche Gruppe ist nicht dankbar über eine Vielzahl von Freiwilligen? Oder wünscht sich mehr ehrenamtliche Unterstützung? Dafür ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen, dass dieses Engagement willkommen ist. Wer sich mit dem eigenen Verband bzw. mit eigenen Gruppen an mit „Mit-Mach-Aktion“ beteiligen möchte, ist herzlich willkommen.

► Als unmittelbare Anerkennung für ihre Zeitspende erhalten die teilnehmenden Ehrenamtlichen und Freiwilligen eine Karte, die auf ihrer Rückseite die Möglichkeit gibt, die Helfer mit Hilfe eines Gutscheines zu weiteren Treffen (z. B. Exkursionen, Führungen oder Saftverkostungen) einzuladen. Platz für einen Stempel der einzelnen Gruppen ist vorgesehen. Die Dankeschön-Karte wird den Vereinen und Verbänden in gewünschter Stückzahl über den DNR-Arbeitskreis zugesendet. Um dies zu planen, benötigen wir möglichst bald Ihre Rückmeldung.

#### Bundesweite Mit-Mach-Aktionen werden präsentiert

Am 23. September wollen wir mit einer zentralen Veranstaltung in Rathenow im Havelland einen öffentlichkeitswirksamen politischen Akzent setzen. Gemeinsam mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel wird vor Ort eine Mit-Mach-Aktion stattfinden. Im Anschluss daran ist vorgesehen, eine Erklärung zur Förderung des Ehrenamtes mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und den Verbänden zu unterzeichnen. Während der Veranstaltung werden sämtliche bundesweiten „Mit-Mach-Aktionen“ auf einer Deutschlandkarte vorgestellt. Diese Präsentation wird eindrucksvoll den Stellenwert des Ehrenamtes im Natur- und Umweltschutz aufzeigen und die Stärke der gemeinsamen Arbeit demonstrieren.

#### Engagement ist gern gesehen

► Natürlich freuen auch wir - der DNR-Arbeitskreis Ehrenamt - uns über zahlreiche Unterstützung. Engagierte in Ihrem Verband bzw. in Ihrer Gruppe sind in unserem Organisationsteam herzlich willkommen. Nehmen Sie einfach Kontakt mit uns auf und informieren Sie sich über die vielfältigen Möglichkeiten Ihre Unterstützung einzubringen.

Gastautor/innen: Katja Kruse und Hans Christian Heinemeyer, NABU

#### • Weitere Informationen

DNR, Juliane Grüning, Arbeitskreis Ehrenamt, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: juliane.gruening@dnr.de

NABU, Hans Christian Heinemeyer, Ehrenamtskoordination, Rosenthaler Str. 9, 10119 Berlin

Tel. 0163 / 6957584

eMail:

hc.heinemeyer@nabu-beraterteam.de  
www.engagement-macht-stark.de

Anmeldungen von Mit-Mach-Aktionen auch im zentralen Veranstaltungskalender des BBE:  
www.engagement-macht-stark.de

## Protestjahr gegen WTO

### 36 Organisationen kämpfen gegen Liberalisierung des Welthandels

Mitte Mai ist „Gerechtigkeit jetzt!“ in das Protestjahr gegen die Welthandelsorganisation (WTO) gestartet. Das Ziel der 36 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Kirche, Umwelt, Menschenrechte und Gewerkschaften ist ein gerechter Welthandel, der allen Menschen nützt und Umweltschutz gewährleistet. Die derzeitigen Handelsregeln seien ungerecht, weil sie auf die Interessen multinationaler Konzerne zugeschnitten seien und arme Menschen weiter an den Rand drängten.

### Unfairer Welthandel

Im Wesentlichen geht es bei den Verhandlungen der WTO um drei Bereiche: Marktzugang und Zölle, interne Subventionen und Exportsubventionen. Beim Marktzugang drängen die USA und große Agrarexporteure auf weitgehenden Zollabbau. Kleine und arme Entwicklungsländer wollen besseren Zugang zu den Märkten der Industrieländer erreichen, verlangen aber gleichzeitig nach Möglichkeiten, ihre Märkte zu schützen. Geholfen wäre hiermit den vielen Kleinbauernfamilien, die einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten. Das führe zu einer neuen gemeinsamen Interessenlage der Bauern in Entwicklungsländern und in Deutschland, sagte Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Industrielle Produktion hier mache die Preise kaputt und durch Subventionen künstlich verbilligte Exportprodukte verdrängten Produzent/innen in Entwicklungsländern vom Markt.

### Aktionen zum G8-Gipfel 2007

Bis zum G8-Gipfel der mächtigsten Industriestaaten im kommenden Jahr in Heiligendamm bei Rostock will das Bündnis mit „unfairen Fußballspielen“, alternativen Stadtführungen und Handelsforen für eine stärkere Position der ärmeren Länder im Welthandel demonstrieren. (mr) ■

### • Weitere Informationen

Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne, c/o DNR, Am Michaelshof 8-10, 53115 Bonn  
Tel. 0228 - 3681010, Fax -92399356  
eMail: [info@gerechtigkeit-jetzt.de](mailto:info@gerechtigkeit-jetzt.de)  
[www.gerechtigkeit-jetzt.de](http://www.gerechtigkeit-jetzt.de)

## B.A.U.M.-Umweltpreis 2006

### Zwölf Preisträger in verschiedenen Kategorien

Im Mai ist der B.A.U.M.-Umweltpreis an verdiente Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Medizin, Institutionen und Verbänden verliehen worden.

Die Preisträger sind in der Kategorie Großunternehmen:

- Mareke Wieben, IKEA,
- Wolfgang Bloch, Siemens AG, in der Kategorie Klein- und Mittelständische Unternehmen:
- Claus Hipp,
- Franz Ehrnsperger, Neumarkter Lammsbräu,
- John-Marco Fader, Winkelstroeter KG, in der Kategorie Medienpreis:
- Karl Schermann, tz München, in der Kategorie Wissenschaft:
- Prof. Dr. Jürgen Freimann, Universität Kassel, in der Kategorie Institutionen/Verbände:
- Elsbeth Seiltz, UNSER LAND e.V. und in der Kategorie Medizin:
- Klaus-Dietrich Runow, Institut für Fuctional Medicine und Umweltmedizin.

Preisträger des „Internationalen B.A.U.M.-Sonderpreises“ 2006 sind Irene Epple-Waigel und Michael Stich - beide ehemalige Spitzensportler - sowie Kurt-Ludwig Gutberlet, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH.

Dagmar Wöhr, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, und der Bayerische Umweltminister Werner Schnappauf überreichten die Auszeichnungen in München. (mr) ■

### • Weitere Informationen

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.e.V.), Osterstraße 58, 20259 Hamburg  
Tel. 040 / 490711-00, Fax -99  
eMail: [info@baumev.de](mailto:info@baumev.de)  
[www.baum-umweltpreis.de](http://www.baum-umweltpreis.de)

## Kurzmeldungen/Lesenswert

### Information und Anerkennung steigern Bereitschaft zu Umwelt-Engagement

Menschen setzen sich vor allem dann für gemeinnützige Ziele ein, wenn sie gut informiert sind und ihre Tat öffentlich gemacht wird. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Plöner Max-Planck-Instituts für Limnologie und des Hamburger Max-Planck-Instituts für Meteorologie. In dem Experiment sollten Versuchspersonen entscheiden, ob sie Geld für eine Zeitungsanzeige des Max-Planck-Instituts für Meteorologie spenden wollen, in welcher der Öffentlichkeit die Folgen klimaschädlichen Verhaltens und einfache Regeln zum Klimaerhalt dargestellt werden sollten. Wenn ihre gute Tat öffentlich gemacht wurde, waren die meisten Menschen eher bereit sich für den Klimaschutz einzusetzen als bei einer anonymen Veröffentlichung. (ez)

● Max-Planck-Institut für Limnologie, Plön, Tel. 04522 / 763254, eMail: [milinski@mpil-ploen.mpg.de](mailto:milinski@mpil-ploen.mpg.de), [www.mpg.de/bilderBerichteDokumente/dokumentation/pressemitteilungen/2006/pressemitteilung20060228/presselogin](http://www.mpg.de/bilderBerichteDokumente/dokumentation/pressemitteilungen/2006/pressemitteilung20060228/presselogin)

### „Vielfältig sein und nachhaltig werden - natürlich geschlechtergerecht!“

Die Dokumentation der Zukunftskonferenz zum Thema Geschlechtergerechtigkeit in Naturschutz- und Umweltverbänden am 17. März liegt nun vor. Interessierte finden dort Beiträge wie:

- „Gender-Fragen - eine Chance für die Umweltverbände und nicht nur lästige Pflicht!“
- „Geschlechtergerechte Vielfalt innerhalb der NAJU“
- Resolution zur Integration von Genderaspekten
- Handreichungen, Impulse, „flying experts“ und ungelöste Fragen.

Die Ergebnisse der Konferenz gehen auch in den Abschlussbericht ein, der zurzeit erarbeitet wird. (mbu)

Dokumentation „Vielfältig sein und nachhaltig werden - natürlich geschlechtergerecht!“ (PDF-Download, 21 S., 1MB): [www.dnr.de/dnr/projekte/userdata/13/13\\_doku\\_gender-zukunftskonferenz17032006.pdf](http://www.dnr.de/dnr/projekte/userdata/13/13_doku_gender-zukunftskonferenz17032006.pdf)

## Feinstaub-Grenzwerte in der Kritik

### Klage gegen Bundesregierung

Weil die Bundesregierung „keine ernsthaften Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Feinstaub unternimmt“, hat Greenpeace Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingeleitet. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben jährlich 75.000 Menschen an den Folgen von Feinstaub. Deshalb soll laut Greenpeace die Bundesregierung nun zum Handeln gezwungen werden.

### Industrie verhindert wirksame Maßnahmen

„Die Bundesregierung und der Bundesrat nehmen seit Jahren tatenlos hin, dass tausende Menschen frühzeitig an Krebs oder anderen Krankheiten sterben“, so Günter Hubmann, Verkehrsexperte von Greenpeace. „Offensichtlich scheut die Regierung die Konfrontation mit den Autoherstellern. Diese würden keine steuerliche Benachteiligung ihrer Dieselaautos ohne Filter hinnehmen. Auch das Kompetenzgerangel mit den Ländern scheint die Bundesregierung nicht lösen zu wollen. Nun muss das Gericht dafür sorgen, dass die Menschen geschützt werden.“

### Pläne noch nicht umgesetzt

Laut Greenpeace hat die Bundesregierung bis heute keine der geplanten Maßnahmen umgesetzt, die die Belastung mit Dieselruß verringern. Dieser macht 15 bis 25 Prozent des Feinstaubes aus. Trotz Zusage gibt es keine steuerliche Förderung für Autofahrer, die ihr Dieselfahrzeug mit einem Rußfilter nachrüsten. Es wurde bislang auch keine Kennzeichnung von PKW verabschiedet, mit der Städte und Gemeinden zeitweise Fahrbeschränkungen oder -verbote regeln könnten. Greenpeace fordert nun von Bundesregierung und Bundesrat, den Kompetenzstreit um die Förderung von Filtern zu beenden.  
(ez) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace, Verkehrs-Experte Günter Hubmann, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-381, Fax -100  
eMail: [mail@greenpeace.de](mailto:mail@greenpeace.de)  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

## **Einsatz für mehr ökologische und regionale Lebensmittel**

### **DNR-Bildungsinitiative legt Abschlussbericht vor**

Der DNR hat die „Bildungsinitiative Ökologischer Landbau“ abgeschlossen. Das Pilotprojekt im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau, das im September 2005 begann, sollte herausfinden, welchen Beitrag die Mitglieder des Naturschutz-Dachverbandes zur Stärkung des Ökolandbaus in Deutschland leisten können. Außerdem ging es darum, wie der Konsum von regional erzeugten Bio-Produkten verbessert werden kann.

Dafür sollten aus dem Kreis der DNR-Mitgliedsverbände „Botschafter des Ökologischen Landbaus“ gewonnen werden, die regionale Netzwerke zur gesunden Ernährung vom Produzenten bis zum Konsumenten aufbauen und unterstützen. Basis des Projekts war ein neues Schulungskonzept, das vom Projektleiter, dem Agrar- und Umweltexperten Edmund A. Spindler, entwickelt wurde.

### **Wechselwirkung zwischen Agrar- und Ernährungswirtschaft im Mittelpunkt**

Die in drei Seminaren angewandte Theorie besteht aus den Eckpunkten Erzeugung, Einzelhandel, Ernährung und Entsorgung. Sie ist die Grundlage für eine so genannte Öko-Box, in der die gesamte Produktkette „vom Acker bis zum Teller“ abgebildet werden kann. Im Mittelpunkt standen dabei laut Projektleitung die Wechselwirkungen zwischen einzelnen Stufen der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie der Kreislaufgedanke und das Regionalbewusstsein im Sinne der Nachhaltigkeit.

Davon ausgehend wurde in Kooperation mit der Agentur Pro Natur in Frankfurt/Main ein umfangreicher Schulungsordner zusammengestellt. Mit den Projektpartnern Bund Naturschutz in Bayern, Landesbund für Vogelschutz in Bayern und NaturFreunde Deutschlands wurden drei Tagesseminare in Karlstadt, Kempten und Weilheim durchgeführt. Bei den Schulungen ging es darum, dem Trend zur Globalisierung die Regionalisierung entgegenzusetzen und zu zeigen, dass mit ökologischen Alternativen die Wertschöpfung in der Region bleiben kann.

### **DNR will Projekt bundesweit fortsetzen - Ziel: Konsumwende**

DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen bezeichnete es als großen Erfolg, dass die beteiligten DNR-Verbände eine Selbstverpflichtungserklärung zum Einsatz von Bioprodukten bei eigenen Veranstaltungen unterschrieben haben und sich für den Ökologischen Landbau stark machen wollen. Der DNR denkt nun über eine bundesweite Ausdehnung des Projekts nach. Es gelte die Beziehung zwischen Herstellern, Händlern und Konsumenten bei ökologischen Produkten mit regionalen Netzwerken weiter zu entwickeln, um von der Agrarwende über die Ernährungswende zur Konsumwende zu kommen, sagte Röscheisen. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Deutscher Naturschutzring (DNR), Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [helmut.roescheisen@dnr.de](mailto:helmut.roescheisen@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

Der Schlussbericht im Internet:  
[www.dnr.de/publikationen/news/docs/Schlussbericht%20DNR.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/news/docs/Schlussbericht%20DNR.pdf)  
(50 S., 7,4 MB)

## **Deutschland ist gegen die geplante EU-Ökoverordnung**

### **Bundestagsabgeordnete schicken Protestbrief nach Brüssel**

Experten und Parlamentarier aller Parteien im Bundestag wollen die geplante EU-Öko-Verordnung verhindern. Ihre Begründung: Die Verordnung weiche die Kriterien für ökologische Lebensmittel auf und sei verbraucherfeindlich. Auch die Kontrollen würden künftig weniger streng ausfallen. Die Abgeordneten im Ernährungsausschuss beschlossen Mitte Mai, einen Antrag mit Änderungsvorschlägen zu verfassen und einen Protestbrief an die EU-Kommission zu schreiben.

### **EU will Standards für Bio-Produkte stark aufweichen**

Die EU will die Standards für Öko-Produkte und deren Herstellung europaweit vereinheitlichen. Kritiker befürchten, dass dadurch die bisher gültigen Kriterien ausgedünnt werden. Deutsche Biosiegel, denen die Verbraucher/innen vertrauen, sollen nach den EU-Plänen nicht mehr auf ihre strengen Kriterien hinweisen dürfen, warnte der Erzeugerverband Bioland. Mehrere Sachverständige kritisierten, dass die EU-Kommission allein definieren wolle, wie Biobauern zu wirtschaften hätten. Die EU-Verordnung eröffne außerdem Pseudo-Bioprodukten neue Chancen. Wenig aussagekräftige Bezeichnungen wie „naturnah“ sollen wieder zugelassen werden. Ein weiterer Kritikpunkt: Die abgeschwächte Kontrolle von Bio-Waren, die außerhalb der EU hergestellt werden.

### **EU-Entwurf bremst Pläne für die Umstellung auf Ökolandbau**

Viele Landwirte, die wegen der um 15 Prozent gestiegenen Nachfrage nach Bioprodukten auf Ökolandbau umstellen wollen, legten nach Angaben der Konferenz der Kontrollstellen (KDK) ihre Pläne zunächst (erst mal) auf Eis. Unter dem Dach der KDK sind Kontrollstellen organisiert, die Unternehmen des ökologischen Landbaus zertifizieren. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Konferenz der Kontrollstellen für ökologischen Landbau (KDK),  
Prinzenstr. 4, 37073 Göttingen  
Tel. 0551 / 58-657, Fax -774  
eMail: [kontakt@oeko-kontrollstellen.de](mailto:kontakt@oeko-kontrollstellen.de)  
[www.oeko-kontrollstellen.de](http://www.oeko-kontrollstellen.de)

## **Neues Verbrauchergesetz nur Augenwischerei?**

### **Entwurf: Firmengeheimnisse sollen vor öffentlichem Interesse stehen**

In einem Brief, den sie Mitte Mai an den Bundestag richteten, haben 19 Organisationen gefordert, das geplante Verbraucherinformationsgesetz (VIG) zu überarbeiten. Sie bezeichneten die Gesetzesvorlage als „weitgehend wirkungslos“. Dass das öffentliche Interesse nicht eindeutig Vorrang vor der Geheimhaltung von Marktinformationen habe, sei die „Kernschwäche des Entwurfes“.

### **Juristen: Viele Ausnahmen verhindern effektiven Verbraucherschutz**

Das VIG regelt, dass Behörden künftig auf Anfrage darüber informieren können, was in Lebensmitteln, Textilien und Kosmetika enthalten ist. Allerdings nur, wenn aus Sicht der Behörde das Betriebsgeheimnis nicht bedroht ist. Mit dieser Ausnahmeregelung ließen sich fast alle Anfragen abwickeln, sagen Juristen. Verbraucherverbände kritisieren auch das Procedere für den Fall, dass ein Kunde Auskunft möchte. Er muss einen schriftlichen Antrag stellen, eine Gebühr zahlen und möglicherweise bis zu drei Monaten auf die gewünschte Information warten. So gehört zu den Forderungen der Organisationen auch die nach niedrigeren Verwaltungsgebühren bei Informationsgesuchen.

Außerdem verlangen die Kritiker, auch die Hersteller zur Auskunft über ihre Produktionskette und Herstellungsweise zu verpflichten. Das ist im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Begründung: Die Firmen würden lahm gelegt, wenn sie dauernd Faxe und Anrufe bekämen. Die Verfasser des Briefs monieren, dass durch zahlreiche Ausnahmen den Verbrauchern im Endeffekt nicht mehr Informationsrechte eingeräumt werden als im alten Gesetz. Die 19 Organisationen sehen eine Verletzung des Rechts der Bürger auf Selbstbestimmung und Information. Es gehe ihnen neben der Qualität von Lebensmitteln auch um die Informationsfreiheit als wesentlicher Bestandteil von Demokratie.

### **Vorbildliche Verbraucherinformation in anderen EU-Ländern**

Andere europäische Länder haben bei der Verbraucherinformation wesentlich wirksamere Regelungen. So müssen in Schweden ab dem kommenden Jahr die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen in

Restaurants und Imbissen ausgehängt werden, in Dänemark gilt dies bereits und auch für Supermärkte. Großbritannien schuf eine staatliche Agentur, die Food Standard Agency, die Verstöße gegen Hygiene und Lebensmittelrecht im Internet veröffentlicht.

Unter den 19 Unterzeichnern des Briefes sind Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen wie BUND, NABU, DUH, Foodwatch und Greenpeace, ebenso die führenden deutschen öko-Erzeugerverbände wie Bioland und Demeter. Hinzu kommen gesellschaftlich relevante Gruppen wie die Anti-Korruptions Organisation Transparency International, Journalisten-Vereine, z. B. Netzwerk Recherche und DJU, sowie die Organisation Mehr Demokratie. (mbu) ■

### **• Weitere Informationen**

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin  
Tel. 030 / 28093995, Fax -24047626  
eMail: [info@foodwatch.de](mailto:info@foodwatch.de)  
[www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)  
Der Brief im Wortlaut:  
[www.ess-wissen.de/vig/sn2/signer](http://www.ess-wissen.de/vig/sn2/signer)

## **Krise der Bienenhaltung in Deutschland**

### **Imker sehen Agrarpolitik als eine Ursache für Honigbienensterben**

Deutschlands Imker sind in eine Krise geraten. Der Deutsche Berufsimker-Bund (DBIB) sprach von einer teilweise existenzbedrohenden Situation durch ein unerklärliches Bienensterben. Nach Angaben von Imkern wurden im vergangenen Winter 50-75 Prozent der Bienenvölker vernichtet. Allerdings sprach der Deutsche Imkerbund (DIB) von lediglich 22 Prozent Verlusten, was aber auch noch über dem Durchschnitt liegt. Für die Verluste machen Bienenforscher u. a. eine Milbe verantwortlich, die wegen der hohen Luftfeuchtigkeit im August 2005 den Bienen mehr schadete als sonst.

### **Wichtiger Umweltindikator: Pestizide und Monokulturen schaden Bienen**

Die deutschen Imker, deren Zahl beständig abnimmt, beobachten mit Sorge eine Veränderung der Umweltbedingungen für Bienen. Der Verein Imkerbund.org gibt der Agrarindustrie eine Mitschuld am Bienensterben. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist auch für Bienen schädlich. Die Honigbiene sei nach wie vor Umweltindikator Nummer eins, sagte ein Sprecher des Imkervereins. Wenn die Entwicklung so weiter gehe, könne die Bestäubungsleistung der Bienen bei Obstbäumen und anderen Kulturpflanzen und damit der Ertrag zurückgehen.

Problematisch sind für die Bienenzüchter auch Raps-Monokulturen sowie der Anbau von genmanipuliertem Raps. Es gebe große Gebiete, so die Kritik, in denen Bienen nach der Rapsblüte verhungern müssten, weil sie dann kein anderes Futter mehr fänden.

### **Koexistenz mit Gen-Raps unmöglich**

Gen-Raps ist zwar für den kommerziellen Anbau noch nicht zugelassen, wurde aber bereits zu Versuchszwecken ausgesät. Imker, die gentechnikfreie Honig wollen, haben nach Angaben des ökologischen Erzeugerverbands Naturland keine Wahlfreiheit, falls genmodifizierter Raps gepflanzt wird. Denn mit diesem könne es keine Koexistenz geben. Ein Bienenvolk befliege eine Fläche von 30 bis 160 Quadratkilometern. Daran werde deutlich, dass der Schutz vor gentechnischen Verunreinigungen durch Abstandsregelungen nicht praktikabel sei. Naturland fordert

deshalb die Durchsetzung des Verursacherprinzips bei der Haftung sowie eine EU-weite Verordnung zum Schutz vor Gentechnik in der Landwirtschaft. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Berufs- und Erwerbs-Imkerbund, Präsident Manfred Hederer, Am Moosgraben 8, 86919 Utting  
Tel. 08806 / 9223-20, Fax -21  
eMail:  
manfred.hederer@berufsimker.de  
www.berufsimker.de

Naturland - Verband für ökologischen Landbau, Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfeling  
Tel. 089 / 898082-0, Fax -90  
eMail: naturland@naturland.de  
www.naturland.de

## Genraps-Anbau neben Schutzgebiet genehmigt

### NABU will juristisch gegen Aussaaterlaubnis vorgehen

Der Naturschutzbund NABU hat die Genehmigung zum Anbau von Gen-Raps in Groß Lüsewitz bei Rostock kritisiert. Obwohl der Verband eine schriftliche Einwendung gegen den Anbau an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) geschickt hatte, dürfen jetzt in unmittelbarer Nähe eines Schutzgebietes vier verschiedene Sorten Gen-Raps ausgesät werden. Auf Nachfrage des NABU teilte das Bundesamt für Naturschutz mit, dem Antrag zur Aussaat nicht zugestimmt zu haben. Daher prüft der NABU jetzt weitere rechtliche Schritte.

Die vom BVL auferlegten Sicherheitsanforderungen seien nicht ausreichend, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Weder sei eine Weiterverbreitung des Rapses durch die nahe Bundesstraße unterbunden, noch reiche ein Beobachtungszeitraum von fünf Jahren aus. Es sei zu befürchten, dass nach der Ernte stellenweise mehrere tausend Rapsamen pro Quadratmeter auf dem Feld verbleiben. Die Freisetzung von Gen-Raps sei nicht beherrschbar, da Rapsaat mindestens 15 Jahre keimfähig bleibt und sich mit natürlichen Wild- und Kulturarten kreuzt. Der NABU forderte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer auf, die Förderung des Projektes aus öffentlichen Mitteln sofort zu stoppen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Dr. Steffi Ober, Referentin für Gentechnik und Naturschutz, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-25, Fax -84  
eMail: steffi.ober@nabu.de  
www.nabu.de/gentechnik

## Schwere Schäden bei Gentech-Medikamententests

### Probanden mussten auf Intensivstation

Zwei Fälle einer gescheiterten Therapie mit genmodifizierten Wirkstoffen haben Zweifel an den Heilungsversprechen einer solchen Behandlung aufkommen lassen. Ende April haben in Großbritannien nach einem Arzneimitteltest vier von sechs Probanden über 14.000 Euro Entschädigung vom Hersteller des Medikaments erhalten. Sie hatten sich für die Erprobung der Substanz TGN1412, eines gentechnisch hergestellten Antikörpers, zur Verfügung gestellt. Alle sechs Versuchspersonen kamen nach dem Test im März nach schweren allergischen Reaktionen ins Krankenhaus, zwei schwebten vorübergehend in Lebensgefahr. Über mögliche Folgeschäden wurde noch nichts bekannt. Das Medikament stammt von der TeGenero AG in Würzburg und soll gegen rheumatische Entzündungen, Leukämie und Autoimmunkrankheiten wie Multiple Sklerose helfen.

### Forscher: Vor Gentherapie längere Tierversuche notwendig

Eine weitere, zunächst erfolgreich verlaufende Gentherapie hatte 2003 abgebrochen werden müssen, weil einige der behandelten Kinder an Leukämie erkrankten. Die Patienten litten unter der schweren angeborenen Immunschwäche X-SCID. Ihr Leben ist ständig bedroht, da ihr Immunsystem Krankheitserreger nicht abwehren kann. Grund dafür ist ein Gen-Defekt. Der Blutkrebs während der Gentherapie wurde durch die Aktivierung eines Onkogens ausgelöst. Eine Ende April im Wissenschaftsmagazin Nature erschienene Studie des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen und des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg zeigte, dass das übertragene menschliche Gen selbst auch Krebs fördernde Eigenschaften hat. Die Studie ergab zwar, dass nicht die Gentherapie selbst Auslöser für die Krebserkrankung war. Allerdings seien die Tierversuche zuvor zu kurz gewesen. Um Spätfolgen abschätzen zu können, sei nach dem Gentransfer eine lange Beobachtungszeit am Versuchstier notwendig, resümierten die Forscher. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: N24.de, Netzeitung, idw (27.04.06)

## **Kurzmeldungen**

### **Förderpreis Ökologischer Landbau ausgeschrieben**

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) hat zum siebten Mal den „Förderpreis Ökologischer Landbau“ ausgeschrieben. Mit dem Förderpreis werden ökologisch wirtschaftende Betriebe ausgezeichnet, die in ihrer Betriebspraxis Innovationen umsetzen oder eine besondere gesamtbetriebliche Konzeption nachhaltig verfolgen. Bewerbungen können noch bis zum 28. Juli eingereicht werden. (mbu)

● BMELV, Berlin, Tel. 01888 / 5293173, [www.foerderpreisoeekologischerlandbau.de](http://www.foerderpreisoeekologischerlandbau.de)

### **Kant-Preis für Kampf gegen Gentechnik-Lebensmittel vergeben**

Die deutsche Biologin Christine von Weizsäcker und der ehemalige britische Umweltminister Michael Meacher sind Anfang Mai in Freiburg von der Stiftung „Europas Erbe als Auftrag“ mit dem Kant-Weltbürger-Preis ausgezeichnet worden. Die Stiftung unterstützt Initiativen im Umweltschutz und in der Friedenspolitik. Die diesjährigen Preisträger wurden für ihr Engagement gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel geehrt. Von Weizsäcker und Meacher hätten sich durch eine „mutige Öffentlichkeitsarbeit und mit praktisch-politischen Anstrengungen gegen die gentechnische Manipulation von Lebensmitteln gestellt“ und damit Verbraucherinteressen vertreten, hieß es in der Begründung der die Jury. Der Preis ist mit 15.000 Euro dotiert. Die beiden Preisträger wirkten 2003 am Cartagena-Protokoll der UNO mit, das für die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft strenge Kriterien vorsieht. (mbu)

● Stiftung Europas Erbe als Auftrag, Freiburg, Tel. 0761 / 407354, [www.kantstiftung.de](http://www.kantstiftung.de)



## **Lesenswert**

### **Faltblatt: Schadstoffe in Lebensmitteln**

Immer wieder fühlen sich Verbraucher/innen durch Schadstoffe in Lebensmitteln verunsichert oder bedroht. Warum Stoffe schädlich sind, woher sie kommen und wie man sie vermeiden kann, beschreibt ein neues zwölfseitiges Faltblatt des aid-Informationssdiensts Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft. Ab einer Menge von 20 Stück kann das Faltblatt kostenlos per e-Mail unter [aid@aid.de](mailto:aid@aid.de) bestellt werden. Ansonsten kann es im Internet heruntergeladen werden. (mbu)

Faltblatt: Essen - aber sicher!  
[www.aid.de/shop/pdf/0075\\_2006\\_essen\\_aber\\_sicher\\_x000.pdf](http://www.aid.de/shop/pdf/0075_2006_essen_aber_sicher_x000.pdf)

### **Forschungsreport: Gentechnik und Sicherheitsforschung**

Zweimal im Jahr erscheint der Forschungsreport des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Darin wird über interessante aktuelle Projekte berichtet und es werden regelmäßig einzelne Einrichtungen aus dem Forschungsbereich des BMELV vorgestellt. Die neueste Ausgabe 1/2006 hat den Schwerpunkt Gentechnik und Sicherheitsforschung. Die Beiträge wurden vom Senat der Bundesforschungsanstalten in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI) aufbereitet und können im Portal BMELV-Forschung gelesen werden. (mbu)

Forschungsreport Gentechnik und Sicherheitsforschung:  
[www.bmelv-forschung.de/?000CFDE53AF01FD4B8E66521C0A8D816](http://www.bmelv-forschung.de/?000CFDE53AF01FD4B8E66521C0A8D816)



## 12 Prozent Energieeinsparung in Deutschland möglich

### EU-Richtlinie für Endenergieeffizienz muss umgesetzt werden

Mitte Mai ist die EU-Richtlinie für Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen in Kraft getreten. Diese verpflichtet jedes Mitgliedsland bis zum 30. Juni 2007 einen Aktionsplan vorzulegen. Darin soll festgelegt sein, wie bis zum Jahr 2016 der jährliche Energieverbrauch durch politische Maßnahmen und Energiedienstleistungen um 9 Prozent reduziert werden kann.

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat ein Konzept für einen EnergieSparFonds entwickelt, mit dem Deutschland Einspareffekte über die Neun-Prozent-Vorgabe hinaus erzielen kann. Die Wissenschaftler haben errechnet, dass bei Nutzung verschiedener Potenziale zur Strom- und Wärmeeinsparung in Industrie und Gewerbe, öffentlichen Verwaltungen und privaten Haushalten in den nächsten zehn Jahren eine Energieeinsparung von etwa zwölf Prozent gegenüber dem bisherigen Trend erreicht werden könnte.

### Einsparsumme doppelt so hoch wie die Investitionen

Die eingesparten Energiekosten (rund 73 Milliarden Euro) wären nach dem Konzept des Wuppertal-Instituts doppelt so hoch wie die dafür notwendige Investitionssumme (rund 37 Milliarden Euro). Durch Anreiz- und Beratungsprogramme zum Einsatz von Effizienztechniken und Einsparmaßnahmen könnten außerdem Arbeitsplätze entstehen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Öffentlichkeitsarbeit, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal  
Tel. 0202 / 2492-180, Fax -108  
eMail: pr@wupperinst.org  
www.wupperinst.org

## Entscheidung über Biosprit-Besteuerung vertagt

### Parlamentarier lehnen Pläne der Regierung ab

Der Bundestag hat Mitte Mai die Pläne der schwarz-roten Koalition zur Besteuerung von Biokraftstoffen zunächst vereitelt. Die Mehrheit der Abgeordneten von SPD und Union setzte mit einem Gruppenantrag durch, dass am Entwurf zum Energiesteuergesetz der Regierung nachgebessert werden muss. Der SPD-Energieexperte Hermann Scheer, aus dessen Feder der Alternativantrag stammt, forderte, dass Biokraftstoffe an der Tankstelle billiger bleiben müssten als normaler Sprit. Niemand würde mehr Pflanzenöl kaufen, wenn es keinen Preisvorteil mehr an der Tankstelle habe, bekräftigte der CSU-Abgeordnete Josef Göppel. Die Kosten für die Umrüstung eines Motors auf reines Pflanzenöl liegen zwischen 2000 und 5000 Euro. Verarbeitete Pflanzenölkraftstoffe wie Biodiesel können in herkömmlichen Dieselfahrzeugen verwendet werden.

Der Regierungsentwurf sah neben einer Quote für die Beimischung von Biokraftstoffen zu Diesel und Benzin eine Besteuerung von reinem Biodiesel mit 10 Cent pro Liter sowie von Biodieselmischungen und reinem Pflanzenöl mit 15 Cent pro Liter bis 2009 vor. Danach sollten die normalen Sätze fällig werden. Grundlage des Gesetzesentwurfs ist die EU-Richtlinie zur Besteuerung von Energieerzeugnissen.

### Kompromiss gesucht

Eine Entscheidung über die Biospritsteuer wurde Ende Mai vom Finanzausschuss des Bundestags vertagt. Seitdem ringen die Fraktionen um einen Kompromiss. Selbst unter den größten Kritikern in der SPD-Fraktion setzte sich inzwischen durch, dass Biosprit zumindest teilweise besteuert werden kann. Die Branche profitiere schließlich auch vom hohen Erdölpreis, ohne dass die Herstellungskosten nennenswert gestiegen seien. Eine Steuer von 9 Cent pro Liter halten die Skeptiker für vertretbar. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Bundestag, Hermann Scheer, 11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-73834, Fax -76528  
eMail: hermann.scheer@bundestag.de  
www.hermann-scheer.de

## Alternativvorschlag zur Mehrwertsteuererhöhung

### FÖS: Ökosteuer bringt Einnahmen und kann Arbeit schaffen

Anfang Mai hat der „Förderverein Ökologische Steuerreform“ (FÖS) dem Finanzministerium eine Alternative zur Mehrwertsteuererhöhung vorgestellt, die nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) eine „doppelte Dividende“ bringt. Der Energieverbrauch und die CO<sub>2</sub>-Emissionen würden gemindert, gleichzeitig nehme die Beschäftigung zu. Die Fakten sprechen für sich: Seit Einführung der Ökosteuer 1999 sank der Benzinverbrauch um 15 Prozent. Davor war er jahrelang gestiegen. Der Staat hat 18,7 Milliarden Euro eingenommen, die zum großen Teil in die Rentenkasse geflossen sind.

### „Energie statt Waren besteuern“

Nach dem Konzept des FÖS bringt 2007 die ökologische Finanzreform 19 Milliarden Euro in die Staatskasse, indem Preise für Autofahren, Fliegen und Heizen deutlich erhöht werden. Die Mehrwertsteuererhöhung würde Einnahmen in gleicher Größenordnung und in den Folgejahren knapp 24 Milliarden erbringen. Beide Maßnahmen seien zur Senkung der Lohnnebenkosten oder zur Gegenfinanzierung anderer Reformprojekte geeignet, so das DIW, aufgrund ihrer doppelten Dividende für Arbeit und Umwelt sei die Fortführung der Ökosteuer jedoch das deutlich effizientere Instrument.

Die Mehrwertsteuer belaste Waren und Dienstleistungen „wahllos“. Die Ökosteuer hingegen drossle den Verbrauch von Kohle, Gas oder Öl. So setzt der FÖS für Heizöl 4 Cent pro Liter an. Diese kämen zu den 58 Cent hinzu, die ein Liter leichtes Heizöl Anfang des Jahres kostete. Im europäischen Vergleich gelten die deutschen Energiepreise als moderat. So kostet in Italien ein Liter Heizöl zurzeit 1,10 Euro, in Schweden 1 Euro. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS), Landsberger Str. 191, 80687 München  
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14  
eMail: foes@foes.de  
www.foes.de

## Klimaprognose: Mehr Hochwasser und Dürren

### Meteorologen sagen für Mitteleuropa teils drastische Änderungen voraus

Nach einer Prognose des Hamburger Max-Planck-Instituts (MPI) für Meteorologie wird sich das Klima in Mitteleuropa gegen Ende des 21. Jahrhunderts deutlich verändern, wenn die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre weiter zunimmt. Die Klimaexperten des MPI rechnen mit höheren Temperaturen vor allem in Süddeutschland und den Alpen. Das hat zur Folge, dass im Winter mehr Niederschläge geben wird, allerdings wegen der höheren Temperaturen weniger Schnee.

### UBA prognostiziert Verdopplung der Umweltschäden

Da Regen sofort abfließt, bedeutet das nach Aussagen der Forscher eine erhöhte Hochwassergefahr. In den Sommermonaten wird es dagegen weniger regnen, was in vielen Gegenden der Land- und Forstwirtschaft schaden wird. Das Umweltbundesamt (UBA) rechnet mit einem Anstieg von klimabedingten Umweltschäden. In den vergangenen 10 Jahren belief sich der Schaden durch die Hochwasser deutscher Flüsse auf rund 13 Milliarden Euro. Sturmschäden verursachten zusätzlich Kosten von 2,5 Milliarden Euro. Bis Mitte des Jahrhunderts könnten die Schadenskosten auf 27 Milliarden Euro jährlich steigen.

### Ungünstigstes Szenario: Arktis-Eis schmilzt im Sommer

Die UBA-Schadensprognosen basieren auf Daten von neuen, miteinander gekoppelten Computermodellen der Hamburger Meteorologen. Mit solchen Modellen kann man untersuchen, wie sensibel das globale Klima auf Veränderungen in der Konzentration der Treibhausgase reagiert. Für den CO<sub>2</sub>-Anstieg kann eine grobe regionale Temperaturverteilung sowie die Schnee- und Eisbedeckung berechnet werden. Im vergangenen Jahr wurden in Hamburg verschiedene Szenarien durchgerechnet, die in den nächsten Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses der Vereinten Nationen für den Klimawandel (IPCC) einfließen werden, der 2007 erscheint.

Die günstigste Variante geht von einem Anstieg der Treibhausgasemissionen bis 2040 um 50 Prozent aus und danach von einem Rückgang auf die Hälfte des heuti-

gen Niveaus bis zum Jahre 2100. Selbst in diesem optimistischen Szenario wird die Temperatur gegen Ende des 21. Jahrhunderts im globalen Mittel noch um 2,5 Grad steigen im Vergleich zu den Jahren 1961 bis 1990. Für die ungünstigeren Varianten sagen die Klimaforscher einen Anstieg um 4,1 Grad voraus. In allen Fällen wird sich die Arktis besonders stark erwärmen und das dortige Meereis im Sommer je nach Szenario fast oder vollständig verschwinden.

### UBA: Deutschland muss Emissionen bis 2050 um 80 Prozent reduzieren

Auf Grund dieser Ergebnisse fordert das UBA, die Konzentration des atmosphärischen CO<sub>2</sub> auf einem Niveau von unter 400 Millionstel Volumenanteilen (ppm, parts per million) zu stabilisieren. Zurzeit beträgt der mittlere CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre 381 ppm; zu Beginn der industriellen Revolution 1880 waren es 280 ppm. Um die Stabilisierung zu erreichen, müssen bis Mitte des Jahrhunderts weltweit die Treibhausgasemissionen auf die Hälfte des 1990er Niveaus reduziert werden. Das UBA sieht vor allem die Industriestaaten in der Pflicht, da sie den Entwicklungsländern Raum lassen müssten. Die Emissionen der reichen Länder müssten folglich in den nächsten 44 Jahren um 80 Prozent zurückgehen. Für Deutschland sei eine Reduktion um 40 Prozent bis 2020 und um 80 Prozent bis 2050 „technisch möglich und wirtschaftlich tragfähig“, so das UBA. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-0, Fax  
eMail: [pressestelle@uba.de](mailto:pressestelle@uba.de)  
[www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

Max-Planck-Institut für Meteorologie, Bundesstr. 55, 20146 Hamburg  
Tel. 040 / 41173-0, Fax-298  
[www.mpimet.mpg.de](http://www.mpimet.mpg.de)

## Kurzmeldungen

### Hannover Messe setzt auf neue Energien

Die „Energy“ ist inzwischen die zweitgrößte der insgesamt zehn Teilmessen oder Fachausstellungen der Hannover Messe. Schwerpunkt sind die Erneuerbaren Energien. Die Energiefrage ist auch auf der weltgrößten Investitionsgütermesse ein Topthema. Solaranlagen und riesige Getriebeköpfe von Windrädern prägten das Bild bei der diesjährigen „Energy“ im April. So hieß in der Abschlusserklärung des Energie-Dialogs, dass die Wirtschaftlichkeit der Windenergie erheblich verbessert werden konnte und dass sie eine „hohe Bedeutung für den globalen Klimaschutz“ habe. (mbu)

Quelle: taz, 28.4.2006

### Studie: Strom aus erneuerbaren Quellen verhindert milliardenschäden

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat im vergangenen Jahr Klimaschäden von mindestens 2,8 Milliarden Euro vermieden. Das geht aus einem Gutachten hervor, das vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellt wurde. Der Betrag ist höher als der, den die Förderung des Stroms aus Biomasse, Erdwärme, Fotovoltaik, Wasser und Wind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gekostet hat. 2005 waren das laut Gutachten rund 2,4 Milliarden Euro. Die Forscher hatten die externen Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien mit der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern verglichen und ausgewertet. Demnach haben die nicht in Strompreis enthaltenen externen Kosten der fossilen Stromerzeugung gesamtwirtschaftlich eine erhebliche Bedeutung. Der Ausstoß an Treibhausgasen spielt dabei eine zentrale Rolle: Für die dadurch verursachten Klimaschäden nennt die Studie als derzeit „besten Schätzwert“ Schadenskosten von 70 Euro pro Tonne Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). (mbu)

Studie: „Externe Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Vergleich zur Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern“:

[www.erneuerbare-energien.de/inhalt/37085/20049/](http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/37085/20049/)

■

### **Protest gegen Energie verschwendende Produkte**

Der BUND hat im Mai vor Media-Markt- und Saturn-Filialen in Berlin und Köln gegen die „verbraucher- und klimafeindliche Produktpolitik“ des Konzerns protestiert. Mit Schildern „Stopp Stromfresser!“ und Bannern „Klima schützen, ich bin dabei!“ warben die Aktivisten für die Umstellung des Angebots auf energie sparende Geräte. Mit Folge-Aktionen in weiteren Städten will die Umweltorganisation die Firmen dazu bewegen, mehr Verantwortung für ihre Produkte zu übernehmen. In einer zuvor veröffentlichten Studie hatte der BUND zahlreiche Strom verschwendende Elektrogeräte im Sortiment und in der Werbung von Saturn- und Media-Märkten identifiziert. Z. B. würden bei Media Markt verkaufte Gefrier-Kombigeräte im Durchschnitt rund 300 Kilowattstunden pro Jahr verbrauchen. Ein sparsames Gerät benötigt nur rund die Hälfte. Damit ließe sich in 15 Jahren rund 400 Euro Stromkosten sparen. (mbu)

● BUND, Tel. 030 / 275864-0, eMail: [info@bund.net](mailto:info@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)

### **Fleischkonsum trägt zur Erderwärmung bei**

Nach einer Studie der University of Chicago erzeugt ein Fleischesser in den USA genauso viel Treibhausgase wie ein Auto: 1,9 Tonnen pro Jahr. Ein Drittel davon ist Kohlendioxid, das durch den Energieverbrauch der Lebensmittelindustrie entsteht. Weitere zwei Drittel entstehen in der Viehwirtschaft in Form von Methan und Stickoxid. Verglichen mit CO<sub>2</sub> ist der schädliche Treibhauseffekt von Methan und Stickoxid bis zu 50 Mal größer. Die beste Energiebilanz hat laut Studie eine vegetarische Ernährung. (mbu)

Quelle: [punkt.um](http://punkt.um), Juni 2006  
[www.news.uchicago.edu](http://www.news.uchicago.edu)



### **Lesenswert**

#### **Ökologische Transformation der Energiewirtschaft**

Im dem Sammelband werden von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen „Bausteine“ für einen ökologischen Transformationsprozess der Energiewirtschaft vorgestellt. Es geht z. B. um die Frage nach den Durchsetzungsmöglichkeiten eines solchen Transformationsprozesses, um die Rolle der Akteure sowie die Bedeutung der politischen Triebkräfte. Außerdem werden die notwendigen politischen und technischen Rahmenbedingungen erörtert.

Mischa Bechberger, Danyel Reiche (Hrsg.): Ökologische Transformation der Energiewirtschaft: Erfolgsbedingungen und Restriktionen, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2006, 334 S., 44,80 Euro, ISBN: 3-503-09313-3



## „Deutschland wird zubetoniert“

### Umweltverbände warnen vor zunehmendem Landverbrauch

15 große Naturschutz- und Umweltschutzorganisationen warnen eindringlich vor einem fortschreitenden Landverbrauch in Deutschland. Täglich würden über 100 Hektar Boden und freie Landschaft geopfert, sagte Claus-Peter Hutter von der Umweltstiftung Euronatur. Das Bündnis der Umweltverbände fordert vor diesem Hintergrund Bund, Länder und Kommunen auf, konkrete Maßnahmen für eine ernsthafte Reduktion des Flächenverbrauchs zu ergreifen. Notwendig sei eine dauerhafte Abkopplung des Landverbrauchs vom Wirtschaftswachstum.

### Kommunaler Handlungsleitfaden entwickelt

Bereits im Februar wurde unter der Federführung der Umweltstiftung Euronatur ein kommunaler Handlungsleitfaden „Aktiv für Landschaft und Gemeinde!“ entwickelt. Neben den Ursachen und Folgen des Landschaftsverbrauchs werden vor allem Möglichkeiten aufgezeigt, wie der kommunale Handlungsspielraum zum Flächensparen genutzt werden kann. Damit wollen die Umwelt- und Naturschutzverbände insbesondere an das öffentliche Bewusstsein appellieren. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), Kerstin Bohnsack, Grabenstr. 23, 53359 Rheinbach  
Tel. 02226-2045, Fax -17100,  
eMail:  
kerstin.bohnsack@euronatur.org  
www.euronatur.org/?flaeche

NABU, Ulrich Kriese, Experte für Siedlungsentwicklung, Taylorstr. 6a, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 81789378  
eMail: ulrich.kriese@gmx.net  
www.nabu.de/m01/m01\_01/04984.html

Publikation:

Ulrich Kriese, Kerstin Bohnsack: Aktiv für Landschaft und Gemeinde - Leitfaden für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, Rheinbach/Bonn 2006, 64 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: Euronatur (s.o.), Download (PDF, 3,5 MB): [www.euronatur.org/?flaeche](http://www.euronatur.org/?flaeche) (unten)

## Chancen für Regionen durch erneuerbare Energien

### Drittes Bundestreffen der Regionalbewegung

Regionalinitiativen und Akteure der Regionalbewegung aus der ganzen Bundesrepublik haben sich Anfang Mai in Feuchtwangen zum dritten Bundestreffen der Regionalbewegung getroffen. Unter dem Motto „Regionen voller Energie“ wurde am gemeinsamen Netzwerk zur Förderung der Regionalität gearbeitet. Zum Kongress eingeladen hatten der Bundesverband der Regionalbewegung und das Aktionsbündnis Tag der Regionen. Zu den Kooperationspartnern gehörte diesmal auch der Bundesverband Erneuerbare Energie.

Die Tagungsteilnehmer informierten sich über Möglichkeiten der Vermarktung regionaler Produkte im Lebensmitteleinzelhandel, die Erhöhung regionaler Wertschöpfung durch Projekte der CMA<sup>1</sup> und die Arbeit der Sparkassen als regionale Finanzdienstleister. Sie diskutierten die wirtschaftlichen Chancen, die für Regionen aus erneuerbaren Energien erwachsen, und die Bewusstseinsbildung, die mit dem Kauf regionaler Produkte einhergehen muss, und zogen Bilanz des Regionalmanagements.

### Bedeutung regionaler Wirtschaftskreisläufe wächst wieder

Nach Überzeugung von Heiner Sindel vom Bundesverband der Regionalbewegung werden regionale Wirtschaftskreisläufe und Regionen als feste Größe in einer globalisierten Welt weiter an Bedeutung gewinnen. Regionen stünden für Arbeitsplätze, dezentrale Energieunabhängigkeit mit Pflanzenöl, Windkraft, Biomasse, Geothermie oder Solarenergie, Energieeinsparung durch kurze Wege, nachvollziehbare Produktqualität und Vielfalt einer gewachsenen Kulturlandschaft und böten einen wichtigen Stabilitätsfaktor. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Aktionsbündnis Tag der Regionen, Koordinationsbüro Süd, Museumstr. 1, 91555 Feuchtwangen  
Tel. 09852-1381, Fax -615291, eMail:  
bund-sued@tag-der-regionen.de  
www.tag-der-regionen.de

<sup>1</sup> Centrale Marketing-Agentur der deutschen Agrarwirtschaft

## „Green Goal“ bleibt hinter Ansprüchen zurück

### Kampagne zur Fußball-WM erreicht selbst gesteckte Ziele nur teilweise

Das Ziel, die WM 2006 in Deutschland zu einer klimaneutralen Großveranstaltung zu machen, wird laut einem Bericht der Zeitschrift „Neue Energie“ nicht erreicht. Ursprünglich war geplant, mit Hilfe des Öko-Instituts Freiburg den Ausstoß an Treibhausgasen, die zusätzlich entstehen, zu neutralisieren. Dazu wurden drei Maßnahmenpakete gestartet:

- Einsparung von 100.000 Tonnen CO<sub>2</sub> durch Erneuerbare-Energien-Projekte in Entwicklungsländern
- Lieferung von 13 Millionen KWh Strom aus Schweizer Wasserkraftwerken
- Verbesserte Umweltbedingungen in Stadien und WM-Städten.

### Mangelnde Umsetzung durch Stadienbetreiber beklagt

Von den Stadienbetreibern forderte die FIFA Verbesserungen im Bereich Abfall (Müllvermeidung und verbesserte Entsorgung), Energie (Installation von Solar- und Biogasanlagen, Einsparmaßnahmen), Verkehr (Ausbau des ÖPNV) und Wasser (Regenwassernutzung und Einsparungen z.B. bei Sanitäreinrichtungen). Wegen mangelnder Zielvorgaben sei dies jedoch nur teilweise umgesetzt worden. Dabei waren die Unterschiede zwischen den einzelnen Stadien groß: Während das Frankenstadion in Nürnberg bei allen Bereichen gut abschnitt, wurde im Zentralstadion in Leipzig das Planungsstadium meist nicht überschritten.

### Flugverkehr nicht eingerechnet

Um die WM klimaneutral zu halten, müssten insgesamt 250.000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Dieses Ziel wird voraussichtlich nur zur Hälfte erreicht. Das liegt auch daran, dass der internationale Flugverkehr nicht in die Klimabilanz eingerechnet wird, der einen Großteil der Emissionen verursacht. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Bundesverband WindEnergie e.V., Marienstraße 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 284821-21, Fax -07,  
www.wind-energie.de

[www.greengoal.de](http://www.greengoal.de)

## Buchpreis „Lesen für die Umwelt“ vergeben

### Deutsche Umweltstiftung prämiert Greenteam-Bücher von Nicolas Roth

Der mit 2500 Euro dotierte Buchpreis „Lesen für die Umwelt“ geht 2005/2006 an den Autor Nicolas Roth. Seine fünf Greenteam-Bücher

- Die Nacht der Nerze,
- Fohlen in Not,
- Das Solarkomplott,
- Wale in Gefahr,
- Gefahr aus dem Maisfeld,

die 2004/2005 im Omnibus Verlag München erschienen sind, sind Abenteuerbücher über Natur- und Umweltprobleme und behandeln Themen wie Solarenergie, Genmais oder Tierschutz.

### Fachinformationen für junge Leser

In der Greenteam-Reihe soll der Zwiespalt zwischen Umwelt und Ökonomie deutlich gemacht werden, das Dilemma zwischen wirtschaftlichen Zwängen und den Entscheidungen für die Natur oder für nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen. Laut Jury werden Fachinformationen so geschickt eingebaut, dass sie für den Verlauf der Geschichten grundlegend sind. Für das Handeln der Kinder im Buch ist es notwendig sich zu informieren. Deshalb könne dies auch als Anregung für die Leser gelten, sich dieses Wissen anzueignen.

Die Deutsche Umweltstiftung hat sich den Schutz und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, der Tier- und Pflanzenwelt vor schädlichen Einflüssen zur Aufgabe gemacht. Neben der Verleihung von Auszeichnungen für besondere Verdienste im Umwelt- und Naturschutz übernimmt sie die finanzielle Förderung von Maßnahmen, Projekten und eigenen Initiativen. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Umweltstiftung, Schlachthofstr. 6, 76726 Germersheim  
Tel. 07274- 4767, Fax -77302  
eMail: [info@deutscheumweltstiftung.de](mailto:info@deutscheumweltstiftung.de)  
[www.deutscheumweltstiftung.de](http://www.deutscheumweltstiftung.de)

## Föderalismusreform soll Umweltstandards erhalten

### VNU: Reformdruck darf nicht zu Ökodumping führen

Der Verband für nachhaltiges Umweltmanagement (VNU) befürwortet die Pläne, die Kompetenzen in der Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern neu zu regeln. Eine Föderalismusreform muss aber nach Auffassung des Verbands einheitlich hohe Umweltstandards in Deutschland sicherstellen. Die bisherigen Entwürfe der Regierungskoalition sehen vor, den Bundesländern weitere Kompetenzen im Umweltrecht zu geben und vermehrt Abweichungen zuzulassen. Umweltstandards stünden damit unter Druck und würden aufgeweicht, so der VNU. Die Erstellung eines vernünftigen Umweltgesetzbuches wäre in Gefahr und die Umsetzung europäischer Vorgaben noch umständlicher und teurer. Außerdem, so fürchtet der VNU, würde Bürokratieabbau erschwert. Viele Organisationen sähen sich einem größeren Aufwand und höheren Kosten gegenüber.

### Appell: Länder sollen Umweltrechts-Kompetenzen an Bund abgeben

Der Verband appellierte an die Bundesländer ihre Machtansprüche zurückzustellen und Kompetenzen in der Umweltgesetzgebung an den Bund abzugeben. Eine Abweichung von bestehenden Umweltstandards dürfe nur in wenigen begründeten Fällen zulässig sein, d. h. nur dort wo bedeutende örtliche und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden müssen. Der VNU unterstützt damit auch die Stellungnahmen des DNR vom Januar 2006, des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) vom Februar 2006, der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und des BUND. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Verband für nachhaltiges Umweltmanagement (VNU), Münchhausenstr. 23, 37085 Göttingen  
Tel. 0700 / 86811-223, Fax -224  
eMail: [vnu@vnu-ev.de](mailto:vnu@vnu-ev.de)  
[www.vnu-ev.de](http://www.vnu-ev.de)

## Lesenswert

### Umweltdaten 2005

In Buchform und auf CD präsentiert das Umweltbundesamt die neuen Daten zur Umwelt 2005: Entwicklungen zu den Themen Klimawandel und Klimaschutz, Schadstoffe, Lärm, Strahlen, Luftreinhaltung, Gewässer- und Bodenschutz, Ökosysteme und biologische Vielfalt, Nutzung natürlicher Ressourcen und Abfallwirtschaft werden in Form von Tabellen und Grafiken dargestellt und von kurzen Kommentaren ergänzt. Schaubilder zeigen bisherige Erfolge und weiteren Handlungsbedarf. (ez)

Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt - Der Zustand in Deutschland, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2005, 350 S., 46,80 Euro (Buch und CD), ISBN-Nr 3-503-09057-6

### Eigentumsrechte - Wasser, Energie, Landwirtschaft, Nanotechnologie

Insgesamt zehn Autoren diskutieren in der neuen Ausgabe der Zeitschrift Peripherie über aktuelle Probleme der Eigentumsrechte. Eingeleitet durch kritisch-historische Überlegungen zum Eigentum kommen u. a. Probleme der Wasserversorgung, Konflikte um die Landverteilung in Brasilien, Formen des Widerstands gegen die Ausdehnung geistiger Eigentumsrechte, Nanotechnologie und die Auseinandersetzungen um die Privatisierung des mexikanischen Energiesektors zur Sprache. (ez)

Eigentum: Aneignen, enteignen, nutzen, Peripherie 101/102, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, 250 S., 9,10 Euro; Bezug: [info@zeitschrift-peripherie.de](mailto:info@zeitschrift-peripherie.de)  
[www.zeitschrift-peripherie.de](http://www.zeitschrift-peripherie.de)

## Übereignung von Naturschutzflächen genehmigt

### Kostenlose Übertragung an Länder, Stiftungen und Verbände möglich

Die Europäische Kommission hat Deutschland Ende April die Genehmigung erteilt, Landbesitz kostenlos zu übertragen, um einen nachhaltigen Schutz in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Biosphärenreservaten zu ermöglichen. Die neuen Besitzer - die Bundesländer oder Umweltschutzstiftungen bzw. -verbände - müssen diese Gebiete gemäß den Naturschutzzielen erhalten und entwickeln.

Mit der Genehmigung dieser Beihilferegelung hat die EU-Kommission den Weg für die Schaffung von Schutzgebieten (größtenteils Natura 2000-Gebiete) mit einer Gesamtgröße von bis zu 32.000 ha in den ostdeutschen Bundesländern und Niedersachsen frei gemacht. Die Übertragung erfolgt kostenlos und es sind kontinuierlich strenge Naturschutzauflagen einzuhalten. Diese Naturschutzauflagen, die die wirtschaftliche Nutzung der Waldgebiete stark einschränken, bringen erhebliche Kosten mit sich. Förderungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU wird es für diese Gebiete nicht geben.

Übertragungen an Umweltschutzstiftungen und -verbände wurden als staatliche Beihilfen betrachtet, da diese Einrichtungen nach Ansicht der EU-Kommission zumindest am Rande eine Wirtschaftstätigkeit ausüben. Der Hauptteil der Flächen wurde aber den Bundesländern übertragen. Diese Übertragungen wurden als Umschichtungen innerhalb eines Bundesstaates und deshalb nicht als staatliche Beihilfen eingestuft.

### Weitere Übertragungen zur Sicherung des Nationalen Naturerbes geplant

Die Genehmigung durch die EU-Kommission hat nun auch den Weg zur Übertragung weiterer Naturflächen geebnet. Bundesfinanz- und Bundesumweltministerium haben Ende Mai vorgeschlagen, als Beitrag des Bundes zum Nationalen Naturerbe 125.000 Hektar bundeseigener Liegenschaften durch Übertragung dauerhaft für den Naturschutz zu sichern. 100.000 Hektar, die auch das „Grüne Band“ entlang der früheren deutsch-deutschen Grenze enthalten, sollen nach Zustimmung durch den Deutschen Bundestag voraussichtlich Mitte Juni den Ländern und der Deutschen Bundesstiftung

Umwelt (DBU) zur unentgeltlichen Übernahme angeboten werden. Weitere 25.000 Hektar wertvoller Naturgebiete können übertragen werden, wenn die bisherige Nutzung aufgegeben wird.

### Hintergründe

Auf Bundesflächen haben sich im Laufe der Jahre wertvolle Naturgebiete erhalten oder sich auf ehemaligen militärisch genutzten Flächen, Bergbaufolgelandschaften oder Bundesforsten entwickeln können. Da viele Bundesflächen zur Privatisierung anstehen, bestand die Gefahr, dass wertvolle Naturflächen verloren gehen. Im Koalitionsvertrag hatten sich deshalb CSU/CSU und SPD verpflichtet, wertvolle Naturflächen als Beitrag des Bundes zum „Nationalen Naturerbe“ unentgeltlich an die Länder zu übertragen oder in eine Bundesstiftung einzubringen. Die Länder sind - als die für den Naturschutz zuständigen Gebietskörperschaften - ebenfalls in der Pflicht, aktiv an der Erhaltung des Nationalen Naturerbes mitzuwirken.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel begrüßte die Vereinbarung, mit der die Bundesregierung Naturschutzflächen in einer Größenordnung von 10 Nationalparks stiften werde. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zeigte sich besonders erfreut, dass nun auch das „Grüne Band“ eine gute Zukunft habe. (bv) ■

### • Weitere Informationen

DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen, Adrian Johst, Naturstiftung David, Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt  
Tel. 0361 / 55503-30, Fax -39  
eMail: adrian.johst@naturstiftung-david.de  
www.naturstiftung-david.de

BMU-Pressereferat, Michael Schroeren, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: presse@bmu.bund.de  
www.bmu.de/presse

### Quellen:

www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=6282  
Environment daily, 26.04.2006  
www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen\_ab\_22112005/pm/37155.php

## Wettbewerb für Ehrenamtliche im Naturschutz

### ZDF und DBU suchen Vorschläge für diesjährige muna-Preisträger

Für den Wettbewerb „Mensch und Natur“ (muna) suchen ZDF.umwelt und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) Menschen, die ehrenamtlich im Naturschutz tätig sind. Die Naturschützer sollen für ihr besonderes Engagement ausgezeichnet werden. Bewerben können sich Einzelpersonen oder Gruppen, die in ihrer Freizeit für den Naturschutz aktiv sind oder die der Öffentlichkeit das Thema Naturschutz mit außergewöhnlichen Aktionen und interessanten Projekten näher bringen.

### Bewerbung bis 19.7. möglich

Noch bis zum 19. Juli können sich alle Interessierten informieren. ● Eine Jury aus Vertretern deutscher Naturschutz- und Umweltverbände wählt unter allen Einsendungen die fünf Preisträger aus. Die Gewinner und ihre Projekte werden im wöchentlichen Umweltmagazin „ZDF.umwelt“ präsentiert. Die muna-Preisverleihung findet am 6. Oktober im Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK) der DBU in Osna-brück statt. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Pressereferat, Anneliese Grabara, An der Bornau 2, 49090 Osna-brück  
Tel. 0541 / 9633-521, Fax -198  
eMail: grabara-a@dbu.de  
www.dbu.de

● www.dbu.de/muna und www.zdf.de  
Bewerbungen per Post an:  
ZDF.umwelt, Stichwort: „muna“, 55100 Mainz.

## Hugo-Conwentz-Medaille verliehen

### Bedeutender Naturschutzpreis an Dietrich Lüderwaldt und Lutz Ribbe

Anlässlich des Deutschen Naturschutztages (siehe S. 5) sind Dietrich Lüderwaldt und Lutz Ribbe mit der Hugo-Conwentz-Medaille geehrt worden. Mit dem Preis, der nach einem der Wegebereiter des Naturschutzes in Deutschland benannt ist, zeichnet der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) Persönlichkeiten aus, die sich im fachlichen Einsatz für den Naturschutz verdient gemacht haben.

Dietrich Lüderwaldt war bis zu seiner Pensionierung in leitenden Positionen der niedersächsischen Naturschutzverwaltung sowie als Hochschullehrer tätig und bekleidet bis heute zahlreiche Ehrenämter. Er wurde ausgezeichnet „für die bedeutenden fachlichen Impulse, die er in seiner rund fünfzig Jahre langen professionellen Tätigkeit sowohl dem amtlichen als auch dem verbandlichen Naturschutz gegeben hat, und für die aktive Förderung der Zusammenarbeit zwischen amtlichem und verbandlichem Naturschutz“.

In seinen Dankesworten betonte Lüderwaldt, er sei über den derzeitigen Umbau von Verwaltungsstrukturen und den Stellenabbau sowie die Kürzung von Mitteln im Natur- und Umweltschutz sehr besorgt. Nur mit ausreichend Personal und einer soliden Finanzausstattung sei es möglich, die vielfältigen Aufgaben effizient zu erfüllen und die „Staatsaufgabe Naturschutz angemessen wahrnehmen zu können“.

Lutz Ribbe, Umweltpolitischer Direktor der Stiftung Euronatur, erhielt den Preis „für seinen integrativen Naturschutzansatz, den er engagiert gegenüber den großen und intensiven Landnutzungen über viele Jahre vertreten hat, und weil er dem Naturschutz ... auf politischer Ebene und in der Öffentlichkeit sowohl im nationalen als auch im Raum der erweiterten Europäischen Union eine laute Stimme gegeben hat“. (mb) ■

### • Weitere Informationen

Bundesverband beruflicher Naturschutz (BBN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn  
Tel. 0228 / 8491-232, -116, Fax -200  
www.bbn-online.de

## Immer mehr Tierarten vom Aussterben bedroht

### BfN analysierte Gefährdungsursachen planungsrelevanter Tiergruppen

16.119 Tier- und Pflanzenarten der Erde sind nach der Anfang Mai veröffentlichten Roten Liste der Weltnaturschutzunion IUCN vom Aussterben bedroht. Das sind drei Prozent mehr als im bisherigen „Rekordjahr“ 2004. Auf der Roten Liste stehen u. a. ein Viertel aller Säugetier- und Nadelbaumarten sowie jede achte Vogelart. Schätzungen zufolge liegt die aktuelle Verlustrate 100- bis 1.000mal über der Verlustrate, die es ohne menschliche Eingriffe gäbe (EUR 06.06, S. 28). In Deutschland sieht es ähnlich aus: Über 7.000 Tierarten stehen auf der Roten Liste, darunter Kiebitz und Apollofalter.

### „2010-Ziel nur ein Lippenbekenntnis“

Roland Melisch, Leiter für Artenschutz beim WWF, befürchtet: „Bei dem Tempo, das wir durch unsere Eingriffe vorlegen, kann die Evolution nicht mithalten. Wenn es so weitergeht, werden wir bald nur noch einen Bruchteil der Artenvielfalt der Erde bewundern können.“ Entscheidungsträger aus aller Welt hatten 2002 beim Weltgipfel in Johannesburg eine Trendwende beim Artensterben bis 2010 beschlossen. Dazu muss laut Melisch ein politischer Paradigmenwechsel her. „Das 2010-Ziel ist offenbar nur ein Lippenbekenntnis gewesen. Der Artenschutz muss Einzug in alle Politikbereiche halten, wenn es nicht weiter bergab gehen soll.“ Der WWF fordert, dass sich Bundesregierung und EU bei Subventionen, Investitionen und Handelsabschlüssen stets an ihren Johannesburg-Versprechen orientieren.

### Hauptursache: Nutzung großer Flächen

Im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) wurde jetzt mit Unterstützung von 300 Experten eine „Analyse der Gefährdungsursachen planungsrelevanter Tiergruppen in Deutschland“ erstellt. ● Darin werden für mehr als 600 repräsentative heimische Wildtierarten aus zehn Tiergruppen (u. a. Säugetiere, Amphibien, Libellen und Schmetterlinge) die Gründe für den Rückgang analysiert. Von den 18 erarbeiteten Gefährdungsursachen hat laut der Studie die Bewirtschaftung und Nutzung großer Flächen den größten Einfluss, z. B. die Land- und Forstwirtschaft, Wasserbau/Schifffahrt, bauliche Maßnahmen, Sport/Freizeit, Schadstoffeinträge und Verkehr. Bei den mehr als 220 unter-

suchten Einzel-Gefährdungsursachen rangieren Faktoren wie Nährstoffeintrag, Bebauung, Trockenlegung von Feuchtgrünland und Kleingewässern sowie die Landschaftsfragmentierung und Unterbindung der natürlichen Gewässerdynamik unter den Top Ten. „In den letzten 15 Jahren hat sich an der relativen Bedeutung der wichtigsten Gefährdungsursachenkomplexe leider wenig geändert“, sagte BfN-Präsident Prof. Dr. Hartmut Vogtmann. „Nur die klassischen Gefährdungsursachen wie Jagd und Fischerei haben, ebenso wie schädliche Emissionen, an Bedeutung verloren.“

### Forderungen an Agrar- und Baupolitik

Die BfN-Studie liefert auch Handlungsempfehlungen, wie die Hauptgefährdungsursachen reduziert oder welche Maßnahmen ergriffen werden können, um dem Rückgang der heimischen Tierwelt entgegenzuwirken. Dabei sei eine Kombination von Schutz und Nutzung durchaus möglich und zum Teil sogar nötig, so der Tenor der Studie. „Hierzu müssen in der ‚2. Säule‘ der EU-Agrarpolitik ausreichend Mittel z. B. für Agrarumweltmaßnahmen bereitgestellt werden. Kürzungen darf es nicht geben“, forderte Vogtmann. Grundlegende Veränderungen in Planung und Ausführung seien aber auch im Wasser-, Straßen- und Siedlungsbau nötig. (bv, mb) ■

### • Weitere Informationen

WWF, Roland Melisch, Leiter Artenschutz, Rebstocker Str. 55, 60326 Frankfurt/M.  
Tel. 069 / 79144-180  
eMail: melisch@wwf.de  
www.wwf.de

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn  
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200  
eMail: presse@bfn.de  
www.bfn.de

BfN-Studie: Roland Achtziger u. a.: „Analyse der Gefährdungsursachen planungsrelevanter Tiergruppen in Deutschland“, Reihe Naturschutz und Biologische Vielfalt, Heft 21, Landwirtschaftsverlag, Münster 2006, 34,- Euro, ISBN 3 7843 3921 2; Bezug: BfN-Schriftenvertrieb, Tel. 02501 / 801-300; Studie im Internet: www.vdbiol.de/content/e5/e224/index\_ges.html?news\_id=2617

## Schweinepest im Münsterland

### Tötung zehntausender Schweine angeordnet

Anfang Mai ist der achte Fall von Schweinepest in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen nachgewiesen worden. Parallel zu den laufenden Tötungen von 50.000 Tieren in einem Sperrgebiet wurde auch eine Tötung aller 21.500 Schweine in der Region um diesen Seuchenausbruch angeordnet. Eine entsprechende Verordnung hat das Landwirtschaftsministerium auf den Weg gebracht.

Die Schweinepest grassiert seit Anfang März in Nordrhein-Westfalen. Zunächst war sie nacheinander auf fünf Höfen im Kreis Recklinghausen ausgebrochen. Anfang April waren dann erstmals auch Schweine auf drei Höfen im Kreis Borken erkrankt. Hausschweine waren in Deutschland zuletzt 2003 in einem kleinen Betrieb im rheinland-pfälzischen Carlsberg bei Bad Dürkheim erkrankt. Die bisher letzte große Epidemie wütete 1997/98 in Deutschland.

### Grüne und Tierschützer kritisieren Massentötung

Kritik an den Tötungen äußerten Tierschutzverbände sowie die nordrhein-westfälischen Grünen. Statt Massentötungen anzuordnen, müsse Agrarminister Ulenberg „ernsthaft über eine Strategie ‚Impfen statt Töten‘ nachdenken“, sagte der agrarpolitische Sprecher der NRW-Grünen, Johannes Remmel. Im Falle der Schweinepest stünden Markerimpfstoffe zur Verfügung, mit denen die Schweine im Umkreis um einen Seuchenherd wirkungsvoll vor der Tierkrankheit geschützt werden könnten. (mr) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Tierschutzbund, Baumschulallee 15, 53115 Bonn  
Tel. 0228 / 60496-0, Fax -41  
eMail: [presse@tierschutzbund.de](mailto:presse@tierschutzbund.de)  
[www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, agrarpolitischer Sprecher Johannes Remmel, 40221 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 884-2748, Fax -3511  
eMail: [johannes.remmel@landtag.nrw.de](mailto:johannes.remmel@landtag.nrw.de)  
[www.johannes-remmel.de](http://www.johannes-remmel.de)

## Braunbär nach Bayern eingewandert

### Tier zum Abschuss freigegeben

Mitte Mai wanderte ein männlicher Braunbär zum ersten Mal seit 171 Jahren aus Tirol nach Bayern ein. Berichte, dass das Tier Schafe und Hühner gerissen hatte, zogen sofort Abschussforderungen nach sich. Daraufhin erklärte auch Bayerns Umweltminister Schnappauf, man müsse das Tier aus Sicherheitsgründen töten. Nach deutschem und europäischem Recht sind Bären streng geschützt. Der Abschuss ist nur in Ausnahmefällen erlaubt.

### Friedliches Zusammenleben in Österreich

Laut der Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) zeigt der erste Braunbär in Deutschland, dass Landbewirtschaftler und Öffentlichkeit nicht auf das Einwandern der Tiere eingestellt seien. In Österreich habe man sich seit Jahrzehnten auf das Zusammenleben eingestellt. Zwar gäbe es auch dort immer wieder Konflikte z.B. mit Schafzüchtern. Doch dort setze man darauf, durch Abschreckung die Tiere von Haustieren und menschlichen Siedlungen fern zu halten sowie durch Aufklärung die Akzeptanz der Menschen für die Wildtiere zu erhöhen.

### Arten- und Tierschützer gegen Abschussfreigabe

Die Tier- und Artenschutzorganisation Pro Wildlife sieht in dem „Todesurteil“ für den ersten nach Bayern zugewanderten Bären ein „fatales Signal“: Das Umweltministerium würde damit lediglich „Panikmache“ gegen zuwandernde Großraubtiere schüren. Euronatur forderte von Landes- und Bundesregierung, dass ein effizientes Bären-Management aufgebaut und mit der Erarbeitung eines Bären-Managementplans begonnen wird. (mr) ■

#### • Weitere Informationen

Euronatur - Stiftung Europäisches Naturerbe, Konstanzer Str. 22, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9272-0, Fax -22  
eMail: [info@euronatur.org](mailto:info@euronatur.org)  
[www.euronatur.org](http://www.euronatur.org)

Pro Wildlife e.V., Gräfelinger Str.65, 81375 München  
Tel. 089 / 81299-507, Fax -706  
eMail: [mail@prowildlife.de](mailto:mail@prowildlife.de)  
[www.prowildlife.de](http://www.prowildlife.de)

## Kurzmeldungen

### 13 Naturparke erhalten Qualitäts-Auszeichnung

Anlässlich des europäischen „Tages der Parke“ hat der Präsident des Verbandes Deutscher Naturparke (VDN) Herbert Günther Ende Mai im Naturpark Hochtaunus erstmalig 13 Naturparke ausgezeichnet. Die Auszeichnung „Qualitäts-Naturpark“ erhalten die Naturparke Altmühltal, Am Stettiner Haff, Bayerischer Wald, Deutsch-Belgischer Naturpark Hohes Venn-Eifel, Harz Sachsen-Anhalt, Hochtaunus, Holsteinische Schweiz, Mecklenburgisches Elbetal, Saar-Hunsrück, Steinhuder Meer, Kyffhäuser, Sternberger Seenland und Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale. Die Auszeichnung im Rahmen der Qualitätsoffensive Naturparke erfolgte auf der Geschäftsführertagung des VDN im Naturpark Hochtaunus, an der Vertreter von 50 Naturparks teilnahmen. Die freiwillig an der Qualitätsoffensive teilnehmenden Naturparke erfahren, wo Stärken und Schwächen, fördernde und hemmende Faktoren ihrer Arbeit liegen, und erhalten Hinweise für die Fortentwicklung ihrer Parke. (ez)

● Verband Deutscher Naturparke (VDN), Bonn, Tel. 0228 / 9212861, [www.naturparke.de](http://www.naturparke.de)

### Bund gegen Missbrauch der Tiere wählte neue Verbandsspitze

Auf der Jahresversammlung des Bundes gegen Missbrauch der Tiere (bmt) im Juni ist Dr. Jörg Styrie zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden. Der 46-jährige Agrarwirt gehört seit 1996 dem Verband als wissenschaftlicher Mitarbeiter an und war seit 2001 stellvertretender Vorsitzender. Neue Stellvertreterin ist Petra Zipp, seit ihrem 19. Lebensjahr Mitglied des bmt. Die 48-Jährige leitet das Tierheim in Pfullingen und ist langjährige Koordinatorin des Auslandstierschutzes. Als Schwerpunkte seiner künftigen Tätigkeit nannte der neue Vorsitzende die politische Arbeit, die Öffentlichkeitsarbeit, den Auslandstierschutz und die Jugendarbeit. Der 1952 gegründete bmt ist einer der großen Tierschutzverbände Deutschlands. (mb)  
Bund gegen Missbrauch der Tiere, München, Tel. 089 / 383952-0, Fax -23, [www.bmt-tierschutz.de](http://www.bmt-tierschutz.de)

## Börsengang der Bahn weiter in der Kritik

### VCD: Schienennetz wurde öffentlich finanziert und dient dem Gemeinwohl

Der VCD und die Allianz pro Schiene haben Anfang Juni in unterschiedlichen Stellungnahmen vor den Risiken der Privatisierungspläne der Deutschen Bahn AG gewarnt. Der VCD verwies auf die Gemeinwohlverantwortung des Staates für die Infrastruktur der Eisenbahn, die im Grundgesetz steht. Die Infrastruktur sei in den vergangenen Jahren mit öffentlichen Mitteln aufgebaut worden.

Nach Auffassung des VCD stünde ein börsennotiertes Eisenbahnunternehmen durch die Aktionäre unter Druck, sich der Gemeinwohlverpflichtung zu entziehen. In der Folge würde das Schienennetz massiv ausgedünnt, obwohl weiterhin Steuergelder in Anspruch genommen würden. Auch sei das Ziel der Bahnreform von 1994, mehr Güter und Fahrgäste auf die Schiene zu bringen, nur mit einer neutralen Schieneninfrastruktur zu erreichen.

### Börsengang mit Netz möglicherweise unvereinbar mit EU-Recht

Die Allianz pro Schiene warf der Bundesregierung vor, keine bahnpolitische Strategie zu haben, und forderte, den Gemeinwohlauftrag für das Schienennetz zu konkretisieren. Die Schieneninfrastruktur sei die einzige Verkehrsinfrastruktur in Deutschland, die schrumpfe. Und zwar trotz Rekordzahlen bei den Fahrgästen und steigender Marktanteile des Schienengüterverkehrs. Bereits im Mai sprachen sich die Grünen im Europaparlament dafür aus, die Infrastruktur nicht zu privatisieren. Sie verwiesen auf die Erfahrungen in Großbritannien und Neuseeland. Außerdem könnte der Börsengang mit Netz nach Aussagen von Wissenschaftlern unvereinbar mit EU-Recht sein. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

Allianz pro Schiene, Berlin  
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60  
eMail: maximilian.beyme@allianz-pro-schiene.de  
www.allianz-pro-schiene.de

## Arbeitsplatzversprechen im Luftverkehr „unseriös“

### VCD: Branche verschweigt, dass an anderer Stelle Jobs wegfallen

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat anlässlich der Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung im Mai in Berlin „unseriöse“ Arbeitsplatzversprechen der Luftfahrt kritisiert. Die positiven Jobeffekte beruhten auf verkürzten Analysen, sagte der Bundesvorsitzende des VCD Michael Gehrmann. Wenn durch den Ausbau von Flughäfen oder die Subvention der Flugunternehmen an anderer Stelle Jobs wegfallen, fließe das nicht in die Wirtschaftsbilanz ein.

### Regionale Gewerbe- und Tourismusbetriebe bauen ab

So würden beispielsweise gewerbliche Unternehmen aus umliegenden Regionen häufig in die Nähe von Flughäfen umsiedeln, weil sie dort eine gut ausbaute Infrastruktur angeboten bekämen. Auch der heimische Tourismus nehme Schaden. Wenn durch preisgünstige Flugverbindungen der Trend zum Kurzurlaub im Ausland verstärkt werde, koste das Arbeitsplätze in hiesigen Urlaubsregionen, so Gehrmann. Viele der neuen Stellen seien Minijobs. Flugverkehr sei damit alles andere als ein nachhaltiger Jobmotor.

### Wachstum der Branche auf Kosten der Allgemeinheit

Der VCD kritisierte außerdem, dass die hohen staatlichen Beihilfen und Subventionen der Branche ungenannt bleiben. Kein anderer Verkehrsbereich profitiere von derart hohen Vergünstigungen, die durch die Steuerbefreiung für Kerosin, Mehrwertsteuerbefreiung auf internationalen Flügen und Zuschüsse für Regionalflughäfen zustande kämen. Auch für die technische Entwicklung neuer Flugzeugtypen wie des Airbus A 380 flössen staatliche Beihilfen in Milliardenhöhe. Gleichzeitig würden die hohen ökologischen Folgekosten des Flugverkehrs der Allgemeinheit angelastet. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Luftverkehrsexperte Helmar Pless, Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: helmar.pless@vcd.org  
www.vcd.org

## Lesenswert

### Dokumentation des Workshops „Auch wir müssen fliegen“

Die Dokumentation eines Workshops zum Thema Flugverkehr Ende Februar in Berlin liegt nun vor. Der Flugverkehr ist einer der wichtigsten Posten in der Klimabilanz von vielen Nichtregierungsorganisationen (NGO) und kann sogar der größte sein, wenn die Mitarbeiter durchschnittlich mehr als einmal jährlich eine Fernstrecke fliegen. Verschiedene Verbände und Veranstaltungen (z.B. NABU, Greenpeace, Kirchentag) führten bereits Klimaschutzprogramme zur Verbesserung der eigenen Klimabilanz ein. Die gesonderte Beachtung von Flugreisen und das Entrichten von Klimaschutzbeiträgen dafür sind Teil dieser Programme. Die Teilnehmer am Workshop sahen freiwillige Klimaschutzbeiträge als Beitrag zur Bewusstseinsbildung und zum Klimaschutz. Negative Wahrnehmung („Ablasshandel“) komme nur auf, wenn der Ansatz unreflektiert als vollwertige Lösung des Problems verkauft werde, so das Fazit. (mbu)

Dokumentation: „Auch wir müssen fliegen“; Download (PDF, 16 S., 890 kB): [www.atmosfair.de/fileadmin/user\\_upload/Medien/atmosfair\\_organisationen\\_workshop.pdf](http://www.atmosfair.de/fileadmin/user_upload/Medien/atmosfair_organisationen_workshop.pdf)

### Broschüre „Zügig durch Europa“

Für alle, die bequem, preisgünstig und umweltschonend in Europa reisen wollen, hat der Verkehrsclub Deutschland (VCD) das Themenheft „Zügig durch Europa 2006“ herausgegeben. Auf 32 Seiten finden Reisende die schnellsten Verbindungen quer durch Europa, die günstigsten Angebote aller europäischen Bahnen und die schönsten Strecken. Außerdem gibt es Infos über Fahrradmitnahme sowie Bus- und Fähranbieter. Übersichtskarten erleichtern die Planung der Anreise und die Mobilität am Urlaubsziel. Weiterführende Internetadressen, Telefonnummern sowie Hinweise auf Tourismusangebote und Reiseveranstalter ergänzen das Angebot. (mbu)

VCD (Hrsg.): Sonderheft „Zügig durch Europa 2006“, 32 S., 5,- Euro inkl. Versand; Bezug: VCD-Versandservice, Heinrich-Sommer-Straße 13, 59939 Olsberg, Tel. 02962-845865, Fax -800155, eMail: bestellung@vcd.org

### Gastbeitrag Ist Wassersparen nicht mehr nötig?

#### Geringerer Wasserverbrauch bei gleicher Rohrnetzlänge bringt Probleme

Wird unser Wasser bald schal oder sogar mikrobiell verschmutzt und trotzdem zu steigenden Preisen aus dem Wasserhahn kommen? Entgegen früherer Prognosen ist der durchschnittliche Wasserverbrauch in Deutschland stetig gesunken. Vor allem die neuen Bundesländer verzeichnen einen sinkenden Trinkwasserbedarf. Geringerer Wasserverbrauch bei gleicher Rohrnetzlänge führt zu längeren Aufenthaltszeiten des Wassers im Rohrnetz. Die geringeren Fließgeschwindigkeiten ziehen u. U. wiederum technisch-hygienische Probleme nach sich. Eine derartige Situation hat Auswirkungen auf den Wasserpreis, da die Kosten für die Instandhaltung und den Betrieb des Rohrnetzes gleich bleiben und auf eine geringere Abnahmemenge verteilt werden müssen - oder die Betriebskosten steigen sogar, um weiterhin hygienisch einwandfreies Trinkwasser in die Haushalte liefern zu können.

#### Rückgang des Trinkwasserbedarfs durch demografische Entwicklung

In seinem Aufsatz „Wasserrohrnetze im 21. Jahrhundert“ erläutert Prof. Harald Roscher in der März-Ausgabe der Zeitschrift „wasserwirtschaft-wassertechnik“ (wwt) die unterschiedlichen Gründe für den Rückgang des Trinkwasserbedarfs - unter anderem die demografische Entwicklung: Die deutsche Bevölkerung wird zunehmend älter und speziell die Neuen Bundesländer haben mit sinkenden Einwohnerzahlen aufgrund innerdeutscher Bevölkerungsbewegungen zu kämpfen.

Veränderte Lebensgewohnheiten und technische Entwicklungen im Sanitärbereich tragen ihren Teil dazu bei, dass der Wasserverbrauch sinkt. In ländlichen Gebieten führen Regenwassernutzungsanlagen sowie die Wiederinbetriebnahme von Hauswasserbrunnen zu geringeren Wasserabnahmen aus dem Rohrnetz. Trotz gestiegener Wäschemenge stieg der Wasserverbrauch dadurch nicht, da der Mehraufwand durch die technische Weiterentwicklung der Waschmaschinen und eine andere Beschaffenheit der Kleidung wieder ausgeglichen wird.

All diese Ursachen haben also in den letzten 20 Jahren zu einer Reduzierung der Wasserbedarfswerte, einer Erhöhung der personenbezogenen Rohrnetzlänge und einer Verringerung der kilometerbezogenen Wasserabnahme sowie zu geringeren Fließgeschwindigkeiten im Rohrnetz und schlussendlich insgesamt zu ungünstigeren Betriebsbedingungen für einen Teil der Wasserversorgungsunternehmen geführt. In Verbindung mit der im 21. Jahrhundert erforderlichen Rohrnetzrehabilitation sind daher die Rohrnetze den gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben anzupassen.

#### Anpassung der Rohrnetze notwendig

Die z. Z. üblichen Techniken der Wasserversorger sind bei sanierungsbedürftigen Rohren das Ersetzen durch Rohre mit geringerem Durchmesser oder - wo die Rohre nicht sanierungsbedürftig sind und daher das Ersetzen unrentabel ist - vermehrtes Spülen, um die Qualität des Trinkwassers aufrecht zu erhalten. In letzterem Fall wird quasi das vom Verbraucher eingesparte Wasser „ungenutzt“ durch das Rohrnetz gepumpt. Im Zusammenhang mit den Rohrnetzspülungen wird ferner versucht, sozusagen in einem Aufwasch auch zielgerichtet die problematischen Strecken in der Kanalisation zu spülen, die aufgrund des Wassersparens der Verbraucher mehr oder weniger „trocken“ fallen.

Die zunehmenden Probleme, die einige Wasserversorger und Abwasserbetriebe auf Grund des zurückgehenden Wasserbedarfs haben, führen in Wasserwerkereisen dazu, verstärkt über „Gegenstrategien“ nachzudenken. Dazu gehört auch der Expansionskurs - also im Umland neue Wasserkunden zu akquirieren, um die Anlagen zur Wasserförderung, -aufbereitung und -verteilung halbwegs auslasten zu können.

#### Flatrate für die „Ware Wasser“

Darüber hinaus fordern aber nicht wenige Wasserwerker die Einleitung einer massiven Kampagne, um aktiv dem mittlerweile „überzogenen“ Wassersparbewusstsein bei der Bevölkerung begegnen zu können. Und erste Stimmen werden laut, die eine Flatrate für den Wasserkonsum fordern. Angesichts hoher Fixkosten von 70 oder gar 80 Prozent sei das weitere Beharren auf Kubikmeterpreisen nicht mehr kostengerecht. Darüber hinaus könne ein

solcher Pauschalpreis den zurückgehenden Wasserkonsum wieder ankurbeln.

#### Profitsicherung für Wasserversorgungsunternehmen?

Zu derartigen Überlegungen hat mich vor kurzem die Zuschrift eines pensionierten Wasserwerksmitarbeiters erreicht. Zunächst weist er darauf hin, dass der zurückgehende Wasserbedarf bei einigen Wasserversorgern „immerhin den Vorteil“ gehabt habe, „dass es möglich wurde, bereits schadstoffbelastete Rohwasserressourcen nicht länger für die Trinkwasserversorgung heranzuziehen oder geringer zu beaufschlagen, was für die Konsumenten, die ansonsten als effiziente Filterstufe oder Senke vor allem für leicht flüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) dienen, durchaus ein schätzenswerter Vorteil sein dürfte.“ Diesen Aspekt habe der Bundesverband der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), der gern vom Wasserüberschuss in der Bundesrepublik rede, nie im Blick gehabt, schreibt der Ex-Wasserwerker weiter. „Da er ja ein Wirtschaftsverband ist, passte ihm das Wassersparen im Grunde nie. Heute geht es ihm darum, bei sinkendem Bedarf und unter dem vermeintlichen Druck der sogenannten Nebenkostendiskussion, den Wasserversorgungsunternehmen einen gewissen Freiraum der Profitsicherung zu erschließen. Es handelt sich um nichts anderes als um Marketing, verbunden mit dem dabei üblichen lässlichen Umgang mit der Wahrheitspflicht.“ Der Briefschreiber schlussfolgert: „Der vom BGW angestrebte und mit PR-Hilfe anzuschiebende ‚Bewusstseinswandel beim Verbraucher‘ ist unter anderem auch ein Versuch, Trinkwasser zu einer Ware wie jede andere zu machen - und damit auch die im Bewusstsein vieler noch vorhandene Sonderstellung des Wassers zu schwächen und in der Folge den weiteren Zugriff von Privaten auf die öffentliche Wasserversorgung zu erleichtern.“ ■

Gastautor: Nikolaus Geiler, BBU

#### • Weitere Informationen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Arbeitskreis Wasser, Nikolaus Geiler, Rennerstr. 10, 79106 Freiburg/Br.  
Tel. 0761-275693, Fax -288216  
eMail: nik@akwasser.de  
www.akwasser.de

## Schutz der Meere: Deutschland will Vorreiter werden

### Erste europäische Meeresschutz-Konferenz fand in Stralsund statt

Deutschland will europäischer Vorreiter im Meeresschutz werden. Das war das Ergebnis der ersten internationalen Meeresschutzkonferenz, die im Mai in Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) stattfand. Hier wurden erste Schritte zur Bildung eines Netzwerks von Schutzräumen gemacht. Gleichzeitig warnten Wissenschaftler, Umweltschützer, Politiker und Manager aus zwanzig Staaten vor den Folgen der Industrialisierung der Meere und debattierten Wege zu einem nachhaltigen Schutz des Ökosystems. Als Bedrohung für die Artenvielfalt wurden von den 200 Teilnehmern vor allem Fischerei und Schifffahrt, der Abbau von Rohstoffen und Unterwasserlärm angesehen. Hartmut Vogtman, Präsident des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), forderte dementsprechend einen behutsameren Umgang mit der Meeresnatur.

### UN-Konferenz 2008 in Deutschland

In zwei Jahren ist Deutschland Gastgeber der Weltkonferenz zum Abkommen über biologische Vielfalt. „Bis dahin wollen wir Akzente für einen wirkungsvollen Meeresschutz setzen“, erklärte Jochen Flasbarth, Abteilungsleiter für Naturschutz im Bundesumweltministerium. Das gilt auch für die europäischen Meere, deren Fischbestände sich Tiefstständen nähern.

So hat der Bestand von Ostseedorschen in den letzten 25 Jahren um fast 90 Prozent abgenommen. Nicht besser steht es um den Kabeljau in der Nordsee. Zur Überfischung kommen Schäden am Boden durch Schleppnetze. Auch der Abbau von Sand und Kies zerstört Lebensräume. Den Raubbau reduzieren soll ein Netzwerk von Schutzzonen.

### 10 Prozent der Ostsee sollen geschützt werden

Bereits 2004 hat Deutschland die östliche Deutsche Bucht (Nordsee) und die Pommersche Bucht (Ostsee) als Schutzgebiete in Brüssel gemeldet. Die neun Ostsee-Anrainerstaaten haben ein enges Schutznetzwerk beschlossen. Zu bisher 75 Gebieten sollen bis 2010 weitere 25 hinzukommen. Damit stünden fast 10 Prozent der Ostsee unter Schutz. Bis 2012 soll für die Nordsee etwas ähnliches

entstehen. So bestimmt es die EU-Richtlinie Natura 2000.

Nach Ministeriumsplänen sollen diese Zonen aber nicht für alle wirtschaftlichen oder touristischen Nutzungen tabu sein. Per Vertrag könne etwa geregelt werden, welche Fischereipraktiken untersagt sind. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN),  
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn  
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200  
eMail: [presse@bfm.de](mailto:presse@bfm.de)  
[www.bfn.de](http://www.bfn.de)

Ausführlicher Konferenzbericht:  
EUR 06.06, S. 35

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## Juni

28.6., Neumünster

### Nachhaltige Mobilität - Best-Practice-Beispiele

Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein  
Tel. 04321 / 9071-44, Fax -32  
[anmeldung@umweltakademie-sh.de](mailto:anmeldung@umweltakademie-sh.de)  
[www.umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/67257](http://www.umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/67257)

28.6, Berlin

### Zollsenkung bei Industriegütern: WTO - Desaster für Entwicklung und Umwelt?

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED)  
Tel. 030 / 275-82614, Fax -96928  
[alexander.haack@weed-online.org](mailto:alexander.haack@weed-online.org)  
[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

## Juli/August

10.7., Mainz

### Umweltfreundliche Beschaffung in Kommunen

UHR e.V., Umweltberatung und kommunaler Umweltschutz in Hessen und RLP e.V.  
Tel. 06131 / 122285  
[beschaffungstag\\_mainz@web.de](mailto:beschaffungstag_mainz@web.de)  
[www.mainz.de/umweltamt](http://www.mainz.de/umweltamt)

28.-30.7. Zehdenick (Brandenburg)

### Gentechnikfreies Wochenende

Aktionscamp; Attac, Jutta Sundermann  
Tel. 0175 / 8666769  
[jutta.s@jpberlin.de](mailto:jutta.s@jpberlin.de)  
[www.attac.de/gentechnik](http://www.attac.de/gentechnik) (Aktionen)

29.7.-6.8., Barby/Elbe

### 14. Internationales Elbe-Saale-Camp

Netzwerk Flusslandschaften, Jutta Röseler, Christina Weigel  
Tel. 039298 / 28101  
[ccw123@t-online.de](mailto:ccw123@t-online.de)  
[www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa](http://www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa)

29.7.-12.8., Erfurt - Leipzig - Dresden - Görlitz

### Tour de Natur 2006: Wir sind am Zug

Grüne Liga Sachsen, Dresden  
Tel. 0351 / 4943-354, Fax -450  
[dresden@grueneliga.de](mailto:dresden@grueneliga.de)  
[www.tourdenatur.de](http://www.tourdenatur.de)

## September

12.9., Bonn

### Erneuerbare Energien zur Armutbekämpfung

Symposium; Forum Umwelt & Entwicklung  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
[info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

16.9., Neumünster

### Naturschutztag Schleswig-Holstein: Naturschutz und Klimawandel

Fachtagung; Akademie für Natur und Umwelt, Petra Simon  
Tel. 04321 / 9071-42, Fax -32  
[anmeldung@umweltakademie-sh.de](mailto:anmeldung@umweltakademie-sh.de)  
[www.umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/67278](http://www.umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/67278)

21.-23.9., Dessau

### Deutscher Landschaftspflegetag: Lebendige ländliche Räume mitgestalten

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) e.V., Ansbach  
Tel. 0981 / 46533540  
[info@lpv.de](mailto:info@lpv.de)  
[www.lpv.de](http://www.lpv.de)

22./23.9., Berlin

### Wettbewerb für Nachhaltigkeit

Öko-Institut e.V., Freiburg/Br.  
Tel. 0761 / 45295-0, Fax -88  
[event@oeko.de](mailto:event@oeko.de)  
[www.oeko.de/jahrestagung](http://www.oeko.de/jahrestagung)

28.-30.9., Berlin

### Wege aus der Klimafalle

Heinrich-Böll-Stiftung  
Tel. 030 / 40048482  
[andrea@boellstiftung.org](mailto:andrea@boellstiftung.org)  
[www.kyotoplus.org](http://www.kyotoplus.org)

30.9.-2.10., Weimar

### 4. Regiogeld-Kongress

Regioprojekt e.V.  
Tel. 03643 / 583923  
[regioprojekt@livingcity.de](mailto:regioprojekt@livingcity.de)  
[www.regiogeldkongress.de](http://www.regiogeldkongress.de)

## Oktober

6.10., Berlin

### Umweltforum für mehr

**Produkttransparenz**  
Arbeitsgemeinschaft kontrolliert deklarierte Rohstoffe (Arge KdR)  
Tel. 0700 / 12345621  
[info@argekdr.de](mailto:info@argekdr.de)  
[www.positivlist.com/download/Berlinforum.pdf](http://www.positivlist.com/download/Berlinforum.pdf)

12./13.10., Bonn

### Bioenergie - Nachhaltigkeit als Herausforderung

Forum Umwelt und Entwicklung  
Tel. 0228 / 92399350  
[ck.paetzold@forumue.de](mailto:ck.paetzold@forumue.de)  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

18./19.10., Berlin

### Energieeffizienz und Biodiversität

Int. Konferenz; DNR, EU-Koordination  
Tel. 030 / 443391-85, Fax -80  
[bjela.vossen@dnr.de](mailto:bjela.vossen@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

25.-27.10., Freiburg/Br.

### ForestXchange - Neue Ansätze im Wissensmanagement

FVA - Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg  
Tel. 0761 / 4018-190, Fax -333  
[registration@forestxchange.org](mailto:registration@forestxchange.org)  
[www.forestxchange.org](http://www.forestxchange.org)

26./27.10., Berlin

### Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert: Schutz öffentlicher Güter

Int. Konferenz; Rosa-Luxemburg Stiftung  
Tel. 030 / 44310145  
[meier@rosalux.de](mailto:meier@rosalux.de)  
[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
(ez) ■

## Information und fachlicher Austausch

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich. [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 370.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

[www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe)  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)  
(mb) ■

## EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr „Grüne“ Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abzuschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“)

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

### Editorial

- Wettbewerbsfähiger Zynismus

### Global

- CSD: Neuer Zweijahreszyklus - Themen Energie, Klima, Industrie, Innenraumverschmutzung

### EU-Politik, Recht

- Merkel-Reden zu Europa: „Lissabonstrategie unterstützen“
- Bürger-Agenda soll EU voranbringen
- Umweltaktionsprogramm wirkt kaum
- Kritik an Transparenz-Grünbuch
- Kohäsionspolitik bis 2013: Einigung
- Einfacherer Zugang zu EU-Fonds
- Beitritt Bulgariens und Rumäniens fast sicher
- Informationspflicht für EU-Behörden

### Abfall, Produktpolitik

- Debatten um Abfallpolitik
- Batterierecycling-Richtlinie beschlossen
- Müllverbrennung: Kein Klimaschutz
- Biokunststoffe wollen auf EU-Markt

### Agrarpolitik, Gentechnik

- Bündnis fordert gerechtere Verteilung der Agrarsubventionen
- Informationspflicht: Gentech-Zulassungen transparenter
- Genfood: EU-Kommission sieht Risiko
- Polen darf Gentech-Saatgut verbieten
- Pockenviren-Forschung: WHO berät

### Chemikalien, Emissionen

- REACH soll bis Jahresende beschlossen sein
- USA: Druck zu Chemikalienreform
- Greenpeace-Studie zu Anti-REACH-Aktivitäten der Industrie
- EU: Weichmacher unbedenklich
- POPs-Konvention: Umsetzung stockt
- Häfen: EU gegen Diesel-Strom
- Luftverschmutzung: Debatte um Grenzwert-Absenkung

### Sonderseiten Wasser

WRRL-Info 12: Informationen zur Wasserrahmenrichtlinie (Mittelseiten):

- Ausbau der Donau
- Entwurf Meeresstrategie-Richtlinie

### Energie, Klima

- Piebalgs: Atomenergie bleibt Option
- De Villepin: Biokraftstoffe fördern
- Blair: Neue AKWs bauen
- Emissionshandel: Keine Erfolge
- Umweltagenturen: Emissionshandel ausweiten

### Naturschutz, Biodiversität

- Biodiversitätsverlust schreitet voran
- Biodiversität: Kommissions-Mitteilung nennt Maßnahmen
- Berlin sichert Naturschutzflächen
- Natura 2000: Finanzierungsprobleme

### Verkehr, Tourismus

- Europäischer Protest gegen Kürzungen im Nahverkehr
- Erstes Eisenbahnpaket fristgerecht umgesetzt
- Einheitliches Zugsicherungssystem

### Wasser, Meere

- Grundwasserrichtlinie: Parlament gegen Abschwächung
- Ist die Zukunft der Meere schon gesichert?
- Hochwasserkonferenz: Prüfsteine
- Meeresschutzstrategie: Kritik an Rückzieher der EU-Kommission

### Service

- Veröffentlichungen
- EU-Umwelt-Termine

### Wegweiser

- EU, IUCN, UN

### Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): Tourismus auf dem Prüfstand

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

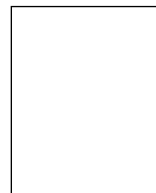
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Bankleitzahl:  
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin